

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer · Vergabewesen

NZBau 4/2015

April 2015 · 16. Jahrgang 2015 · Seite 193–256

Redaktion: Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M. A.; Rechtsanwältin Kerstin Korn, Frankfurt a. M.

Inhalt

Editorial		<i>A. Berger</i> , HOAI-Höchstsätze – Ein Nachruf	193
Aufsätze		<i>G. Motzke</i> , Der Stufenvertrag und die Übergangsregelung in § 55 HOAI 2009	195
		<i>M. Ludgen</i> , Kann sein, was nicht sein darf? – Zur (Un-)Wirksamkeit der stufenweisen Beauftragung von Planungsleistungen	198
		<i>D. Drömann</i> , Das Konzernprivileg im Lichte der neuen Sektorenkoordinierungsrichtlinie	202
		<i>F. Roth</i> , Das öffentliche Preisrecht im Spannungsfeld zwischen Zivilrecht und Vergaberecht	209
Entscheidungsanmerkung		<i>M. Rübke</i> , Neue Beschaffungsmodelle im SPNV auf dem Prüfstand des Vergaberechts (<i>zu VK Münster, NZBau 2014, 721</i>)	216
Literatur		Hattig/Maibaum, Praxiskommentar Kartellvergaberecht (<i>J. Hoffmann</i>)	219
Rechtsprechung			
Privates Baurecht			
BGH	18. 12. 14 – VII ZR 60/14	Mehrvergütung bei verzögerter Vergabe eines Baukonzessionsvertrags mit Praxisanmerkung von <i>R. Leinemann</i>	220 222
BGH	22. 1. 15 – VII ZR 120/14	Unwirksame AGB-Klausel zu 8% Erfüllungssicherheit nach Abnahme	223
BGH	8. 1. 15 – VII ZR 6/14	Abrechnung eines gekündigten „Internet-Systemvertrags“	226
BGH	22. 1. 15 – VII ZR 353/12	Feststellungsklage bezüglich Änderungsanordnung des Auftraggebers	229
OLG Hamm	25. 11. 14 – 24 U 64/13	Erforderlichkeit des Mängelbeseitigungsaufwands – Prognoserisiko	232

Vergaberecht

EuG	16. 7. 14– T-309/12	Staatl. Beihilfen u. Binnenmarkt – Zweckverband Tierkörperbeseitigung	234
BGH	11. 11. 14– X ZR 32/14	Zuschlag auf kalkulationsirrtumsbehaftetes Angebot – Fahrbahnerneuerung II mit Praxisanmerkung von K. Bonitz	248 251
OLG Jena	21. 1. 15– 2 Verg 4/14	Offenlegung des Einsatzes von Nachunternehmern – Kleinmengensonderabfall	252
OLG Koblenz	22. 7. 14– 1 Verg 3/14	Bestimmung des Leistungsorts im Vergabeverfahren (Ls.)	256

Umschlaginformationen

NZBau aktuell

V

Fachanwalts-Lehrgang Bau- & ArchitektenR

Stuttgart Start: 23.04.2015 *mit Durchführungsgarantie

Frankfurt/M. Start: 08.10.2015

Hannover Start: 11.06.2015

München Start: 19.11.2015

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de

ARBBER
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de



„Tiere gehören für mich zum Leben. Ich möchte, dass es Ihnen gut geht – auch wenn ich einmal nicht mehr bin.“
Brigitte Rohde, Trier

Ihr Erbe sorgt für
das Wohl der Tiere – weltweit.
Gerne senden wir Ihnen Informationen zu.

WSPA Welttierschutzgesellschaft • Reinhardtstraße 10 • 10117 Berlin
Tel. 030-9237220-0 • www.wspa.de

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:
Wolters Kluwer Deutschland GmbH
und **VERLAG C.H.BECK.**

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

ISSN 1439-6351

NZBau – Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Geschäftsführender Herausgeber:
Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus D.
Kapellmann, Viersener Straße 16,
41061 Mönchengladbach, Telefon:
(021 61) 8 11-601, Telefax: (021 61)
8 11-799.
E-Mail: mg@kapellmann.de

Verlagsredaktion: (verantwortlich für den
Textteil): Rechtsanwältin Elisabeth
Jackisch, M.A. (Rechtsprechung),
Rechtsanwältin Kerstin Korn (Auf-
sätze und Schlussredaktion); Rechts-
anwalt Dr. Hans von Gehlen.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frank-
furt a. M., Telefon: (069) 75 60 91-0,
Telefax: (069) 75 60 91-49.
E-Mail: NZBau@Beck-Frankfurt.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die
Redaktion zu senden. Der Verlag
haftet nicht für Manuskripte, die
unverlangt eingereicht werden. Sie
können nur zurückgegeben werden,
wenn Rückporto beigefügt ist. Die
Annahme zur Veröffentlichung muss
schriftlich erfolgen. Mit der Annahme
zur Veröffentlichung überträgt der
Autor dem Verlag C.H.BECK an sei-
nem Beitrag für die Dauer des gesetz-
lichen Urheberrechts das exklusive,
räumlich und zeitlich unbeschränkte

Recht zur Vervielfältigung und Ver-
breitung in körperlicher Form, das
Recht zur öffentlichen Wiedergabe
und Zugänglichmachung, das Recht
zur Aufnahme in Datenbanken, das
Recht zur Speicherung auf elektro-
nischen Datenträgern und das Recht
zu deren Verbreitung und Vervielfäl-
tigung sowie das Recht zur sonstigen
Verwertung in elektronischer
Form. Hierzu zählen auch heute
noch nicht bekannte Nutzungsfor-
men. Das in § 38 Abs. 4 UrhG nieder-
gelegte zwingende Zweitverwertungs-
recht des Autors nach Ablauf von
12 Monaten nach der Veröffentli-
chung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in
dieser Zeitschrift veröffentlichten Bei-
träge sind urheberrechtlich geschützt.
Das gilt auch für die veröffentlichten
Gerichtsentscheidungen und ihre Lei-
sätze, denn diese sind geschützt, so-
weit sie vom Einsender oder von der
Schriftleitung erarbeitet oder redigiert
worden sind. Der Rechtsschutz
gilt auch gegenüber Datenbanken und
ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil
dieser Zeitschrift darf außerhalb der
engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form
vervielfältigt, verbreitet oder öffent-
lich wiedergegeben oder zugänglich
gemacht, in Datenbanken aufge-

nommen, auf elektronischen Daten-
trägern gespeichert oder in sonstiger
Weise elektronisch vervielfältigt, ver-
breitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK,
Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9,
80801 München, Postanschrift: Post-
fach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (089) 3 81
89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen,
technische Daten: Telefon (089) 3 81
89-598, Telefax (089) 3 81 89-599,
E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wil-
helmstr. 9, 80801 München, Post-
anschrift: Postfach 40 03 40, 80703
München, Telefon: (089) 3 81 89-0,
Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Post-
bank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ
700 100 80.

Erscheinungsweise: Monatlich.

Bezugspreise 2015: Jährlich € 279,-
(darin € 18,25 MwSt.). Einzelheft:
€ 27,- (darin € 1,77 MwSt.). Ver-
sandkosten jeweils zuzüglich. Die
Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn
eines Bezugszeitraumes. Nicht einge-
gangene Exemplare können nur in-
nerhalb von 6 Wochen nach dem Er-
scheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestei und -register sind nur
noch mit dem jeweiligen Heft liefer-
bar.

Bestellungen über jede Buchhandlung
und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (089) 3 81 89-750,
Telefax: (089) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor
Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns
rechtzeitig Ihre Adressenänderungen
mit. Dabei geben Sie bitte neben dem
Titel der Zeitschrift die neue und die
alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Post-
dienste-Datenschutzverordnung: Bei
Anschriftenänderung des Beziehers
kann die Deutsche Post AG dem Ver-
lag die neue Anschrift auch dann
mitteilen, wenn kein Nachsendean-
trag gestellt ist. Hiergegen kann der
Bezieher innerhalb von 14 Tagen
nach Erscheinen dieses Heftes beim
Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse
wie Verlag). Lieferanschrift: Versand
und Warenannahme, Bergerstr. 3-5,
86720 Nördlingen.

BayVBI

8/2015 Bayerische Verwaltungsblätter

■ Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbi@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Luch/Schulz/Tischer, Online-Wahlen und -Abstimmungen in Deutschland — **253**
Reither, Art. 20 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) – Probleme und Lösungen — **258**

Ausbildung und Prüfung

Lösungsskizze zur Aufgabe 9 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2010/1 (Text s. BayVBl. 2015, 248) — **284**

Rechtsprechung

BayVerfGH	E.v. 30.09.2014	Vf. 1-VII-14	Fläche in der freien Natur; Fahren mit Fahrzeugen mit Motorkraft ohne Notwendigkeit; Ordnungswidrigkeit; Rechtsstaatsprinzip; Grundsatz „nulla poena sine lege“; Eigentumsbeschränkung; Handlungsfreiheit — 263
BayVGH	B.v. 16.10.2014	17 P 13.91	Unzulässige Beschwerde; unwirksamer Beschwerdeeinlegungsbeschluss; Personalratsmitglied; Ladung per E-Mail; verfahrensfehlerhafte Ladung; keine Mitteilung der Tagesordnung; Heilung eines Ladungsfehlers; Einlegung der Beschwerde von der Vollmacht des Rechtsanwalts umfasst (verneint) — 266
			Anmerkung <i>Grochtmann</i> — 270
	U.v. 28.05.2014	7 B 14.22	Bemerkungen im Abiturzeugnis; Legasthenie; Nichtbewertung von Rechtschreibleistungen; Notenschutz; Nachteilsausgleich; Notenausgleich; Chancengleichheit; Parlamentsvorbehalt — 272
	U.v. 06.02.2014	2 B 13.2570	Vorkaufrecht; Sanierungssatzung; Wohl der Allgemeinheit; Konkretisierung des Nutzungskonzepts — 274
	B.v. 15.05.2014	8 ZB 12.2077	Planfeststellungsverfahren; ortsübliche Bekanntmachung eines Plans; Verwendung von Gemeindetafeln für Anschläge der Gemeinde im Anhörungsverfahren — 275
	B.v. 01.09.2014	20 ZB 14.340	Abfallrechtliche Planfeststellung; straßenrechtliche Sondernutzung; privatrechtliche Ausgestaltung — 276
	B.v. 17.11.2014	11 ZB 14.1755	Führen eines Fahrrads — 278
BVerwG	U.v. 08.10.2014	4 C 30.13	Erhaltungsfestsetzung; Bebauungsplan; Rechtsgrundlage; städtebauliche Gründe; Funktionsgrün; Ersatzpflanzung bei Verlust; bauaufsichtrechtliche Anordnung — 279
	B.v. 09.04.2014	2 B 107.13	Revisionszulassung; Divergenz; Gesetzesfassung; Neufassung; Gesetzesänderung; Übergangsgebühren; Erwerbseinkommen; Ruhen der Versorgungsbezüge; tätigkeitsbezogene Zulagen; Normalmaß — 281
Wissenswertes für den Rechtsanwalt			
BVerfG	B.v. 10.10.2014	1 BvR 856/13	Blinde oder sehbehinderte Person; barrierefreie Zugänglichkeit von Prozessunterlagen; übersichtlicher Streitstoff; Vertretung durch Rechtsanwalt — 282
BVerwG	U.v. 27.02.2014	2 C 1.13 (Ls.)	Beamtenstreik; Streikverbot; Erledigung einer Disziplinarverfügung — 283

der gemeinrechtliche Haushalt

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS
D3-2313

04 Fachzeitschrift
2015 für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
das gesamte kommunale Abgabenrecht
116. Jahrgang

Inhalt

Aufsätze

- Guido Kämmerling**, Kreisverwaltungsdirektor und Leiter der örtlichen Rechnungsprüfung des Kreises Düren
Die Rede- und Berichtspflichten der Rechnungsprüfung
Zum Umgang mit Überwachung, Kontrolle und Transparenz in der Berichterstattung. 73
- Dr. Sigrid Deichmüller LL. M.**, Syndikusanwältin, Leiterin Recht, Düsseldorf
Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Vergabe von SPNV-Leistungen 78
- Norbert Meier**, Städt. Rechtsdirektor, Finanzjustitiar im Rechtsamt der Stadt Essen
Zur Zulässigkeit der Zusammenarbeit mit privaten Dienstleistungsunternehmen im Rahmen der Einziehung kommunaler Forderungen 80
- Dr. Menno Aden**, Rechtsanwalt, Essen
Kommunale Haushaltssanierung durch (Teil-) Verwertung des in den Sparkassen gebundenen Vermögens – ein Diskussionsanstoß 85

Aus den Verbänden

- Hansheiner Hähle, Dipl.- Verwaltungswirt, Ltd. Städtischer Verwaltungsdirektor a. D., ehem. Leiter der Stadtkämmerei Mönchengladbach
63. Jahreshauptversammlung des Fachverbandes der Kämmerer in NRW e. V. am 03.11.2014 im Festspielhaus Recklinghausen 88
- „Europa, Finanzen und die NRW-Kommunen“
Herbsttagung des Fachverbandes der Kämmerer in NRW am 04.11.2014 in Recklinghausen 89

- KGSt
Presseinformation 90

- Aus der Rechtsprechung** 91

- Buchbesprechungen** 96

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z132

DOV

68. Jahrgang April 2015
Heft 8 Seiten 305–348



Walter Frenz, Terrorismus und
Menschenwürde

Sabrina Beier, Rechtsschutz gegen
Enteignungen in mehrstufigen Pla-
nungsverfahren

Ralf Gerhards, Rechnungszweck
der European Public Sector
Accounting Standards (EPSAS):
Die EU auf dem Irrweg?

Herbert Mandelartz, Informations-
und Öffentlichkeitsarbeit der Bun-
desregierung

Manfred C. Hettlage, Die „per-
sonalisierte“ Verhältniswahl schafft
sich ab

Buchbesprechungen

BVerfG, Mitentscheidungsrecht von
Gemeinden bei der Standortplanung
für Grund- und Hauptschulen

Rechtsprechung in Leitsätzen

www.doev.de
Kohlhammer

8

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

<i>Walter Frenz</i> , Aachen, Terrorismus und Menschenwürde	305
<i>Sabrina Beier</i> , Greifswald, Rechtsschutz gegen Enteignungen in mehrstufigen Planungsverfahren – Aus Anlass des Garzweiler-Urteils des Bundesverfassungsgerichts	309
<i>Ralf Gerhards</i> , Mannheim, Rechnungszweck der European Public Sector Accounting Standards (EPSAS): Die EU auf dem Irrweg?	319

Kleinere Beiträge

<i>Herbert Mandelartz</i> , Berlin, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung – Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Sache „Schwesig“	326
<i>Manfred C. Hettlage</i> , München, Die „personalisierte“ Verhältniswahl schafft sich ab – Kritische Anmerkungen zur Reform des Wahlrechts für den Deutschen Bundestag	329

Buchbesprechungen

<i>Helge Sodan/Jan Ziekow</i> (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO, Großkommentar; 4. Auflage (<i>Josef Franz Lindner</i>)	334
<i>Helmut Hopp/Astrid Göbel</i> , Management in der öffentlichen Verwaltung: Organisations- und Personalarbeit in modernen Kommunalverwaltungen; 4., Neubearb. Auflage (<i>Alexander Schink</i>)	334

Rechtsprechung

<i>BVerfG</i> , Beschluss vom 19.11.2014 – 2 BvL 2/13 – Mitentscheidungsrecht von Gemeinden bei der Standortplanung für Grund- und Hauptschulen	335
---	-----

Leitsätze

Internationale Gerichtshöfe

201. <i>EGMR</i> , Urteil vom 15.1.2015 – Beschwerde Nr. 62198/11 – Kuppinger – Rechtsschutz in Umgangssachen	341
202. <i>EGMR</i> , Urteil vom 24.2.2015 – Beschwerde Nr. 21830/09 – Haldimann u. a. – Einsatz einer versteckten Kamera durch Journalisten	341

Gerichte der Europäischen Union

203. <i>EuGH</i> , Urteil vom 21.1.2015 – C-529/13 – Felber – Anrechnung von Schulzeiten bei Beamtenpension; Altersdiskriminierung	342
204. <i>EuGH</i> , Urteil vom 22.1.2015 – C-463/13 – Stanley International Betting u. Stanleybet Malta – Verkürzte Laufzeit bei Neuausschreibung zur Vergabe von Glücksspielkonzessionen	342
205. <i>EuGH</i> , Urteil vom 28.1.2015 – C-417/13 – Starjakob – Altersdiskriminierung; Übergangsregelungen zur „Vorrückung“	342

Verfassungsgerichte

206. <i>BVerfG</i> , Beschluss vom 2.12.2014 – 1 BvR 3106/09 – Rechtsschutz gegen die Übermittlung von Daten aus Gerichtsakten an eine nicht verfahrensbeteiligte Behörde	343
207. <i>BVerfG (Kammer)</i> , Beschluss vom 11.12.2014 – 1 BvR 1485/12 – Strukturreform des Versorgungsausgleichs; Abschaffung des sog. Rentnerprivilegs	343
208. <i>BayVerfGH</i> , Entscheidung vom 17.11.2014 – Vf. 70-VI-14 – Rechtsschutz gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	343
209. <i>HambVerfG</i> , Beschluss vom 11.12.2014 – HVerfG 3/14 – Stimmrechtsausschluss für fraktionslose Mitglieder der Bezirksversammlung	343

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verfassungsrecht

210. <i>OVG NRW</i> , Urteil vom 18.9.2014 – 4 A 2948/11 – Rechtswidrigkeit der Übergabe Piraterieverdächtiger an die Republik Kenia	343
--	-----



Abgabenrecht

211. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 15.10.2014 – 9 C 5.13 – Zweitwohnungsteuer bei Leerstand zur Kapitalanlage	344
212. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 12.11.2014 – 9 C 7.13 – Erschließungsvorteil; Erschlossensein; Tiefenbegrenzung	344
213. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 3.12.2014 – 9 B 73.14 – Grundsteuererlass bei strukturell bedingter Ertragsminderung	344
214. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 19.11.2014 – 5 A 969/14 – Hausanschlusskosten	344
215. <i>HessVGH</i> , Urteil vom 20.11.2014 – 5 A 1992/13 – Straßenreinigungsgebühren	344
216. <i>OVG Rheinh.-Pf.</i> , Urteil vom 10.12.2014 – 6 A 10051/14.OVG – Gebührenkalkulation; Begleitscheingebühr	344

Öffentliches Dienstrecht

217. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 25.9.2014 – 2 C 16.13 – Zulage nach § 46 BBesG bei haushaltsrechtlicher „Topfwirtschaft“	345
218. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 10.11.2014 – 20 A 679/14.PVL – Erlöschen der Mitgliedschaft im Personalrat bei Inanspruchnahme von Elternzeit	345
219. <i>OVG Rheinh.-Pf.</i> , Urteil vom 9.12.2014 – 2 A 10965/13.OVG – Versorgung aus dem letzten Amt; Wartezeit	345
220. <i>OVG Rheinh.-Pf.</i> , Urteil vom 15.12.2014 – 10 A 10492/14.OVG – Beihilfe für Hörgeräte	345

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

221. <i>NdsOVG</i> , Urteil vom 2.12.2014 – 2 LB 353/12 – Schülerbeförderung; notwendige Aufwendungen	345
222. <i>OVG Rheinh.-Pf.</i> , Urteil vom 18.12.2014 – 2 A 10506/14.OVG – Übernahme von Schülerbeförderungskosten zum Besuch einer staatlich genehmigten privaten Ersatzschule	346

Polizei- und Ordnungsrecht

223. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 22.10.2014 – 6 C 7.13 – Automatisierte Kennzeichenerfassung	346
---	-----

Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht

224. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 4.12.2014 – 8 B 66.14 – Ladenschluss an Sonn- und Feiertagen	346
---	-----

Post- und Telekommunikationsrecht

225. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 8.12.2014 – 6 B 26.14 – Anordnung der Regulierungsbehörde; Entgeltgenehmigungsverfahren; materielle Vorgaben	346
---	-----

Boden- und Landwirtschaftsrecht

226. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 4.12.2014 – 9 B 75.14 – Gleichwertigkeit einer Landabfindung	346
227. <i>HessVGH</i> , Urteil vom 30.1.2014 – 23 C 2254/12 – Besitzeinweisung durch vorläufige Anordnung; fehlerhafte Bekanntmachung	346

Bau- und Planungsrecht

228. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 22.12.2014 – 1 MN 118/14 – Erforderlicher Grad der Konkretisierung eines Vorhabens im vorhabenbezogenen Bebauungsplan; Festsetzung von Grenzabständen	347
--	-----

Naturschutz- und Umweltrecht

229. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 22.1.2015 – 12 ME 39/14 – Störung einer Flugsicherungseinrichtung durch Windkraftanlagen ...	347
---	-----

Wasserrecht

230. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 10.12.2014 – 3 S 2097/13 – Wasserzweckverband; Grundstücksübertragung; notarielle Beurkundung	347
---	-----

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

231. <i>BayVGH</i> , Urteil vom 20.10.2014 – 11 BV 13.1063 – Personenbeförderungsrecht; Erlöschen der Genehmigung der Übertragung der Betriebsführung	347
232. <i>BayVGH</i> , Beschluss vom 17.11.2014 – 11 ZB 14.1755 – Führen eines Fahrrads	347
233. <i>BayVGH</i> , Beschluss vom 24.11.2014 – 11 ZB 14.1193 – Inlandsungültigkeit einer durch Umtausch erworbenen ungarischen Fahrerlaubnis	347
234. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 15.12.2014 – 2 B 2057/14 – Kein „Konkurrenzschutz“ eines Weihnachtsmarktbetreibers gegen aus dem Anliegergebrauch folgende Betätigung eines Dritten	348
235. <i>BayVGH</i> , Urteil vom 14.1.2015 – 11 BV 14.1345 – Anforderungen an das Sehvermögen für die Erteilung der Fahrerlaubnis der Klassen C1 und C1E	348

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

236. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 6.11.2014 – 1 C 12.14 – Vertriebenenrechtlicher Härtefallantrag nur zeitnah zur Aussiedlung	348
237. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 13.1.2015 – 4 ME 294/14 – Nachträgliche Verkürzung der Geltungsdauer einer Aufenthaltserlaubnis	348
238. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 14.1.2015 – 8 ME 136/14 – Keine Erforderlichkeit einer Befristung der Wirkungen einer Abschiebung schon bei Erlass der Abschiebungsandrohung	348

Sonstiges Verwaltungsrecht

239. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 8.12.2014 – 6 C 16.14 – Änderung des Ehenamens bei gemischt-nationaler Ehe	348
--	-----

Gerichtsverfahrensrecht

240. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 9.1.2015 – 10 OB 109/14 – Verweisung an den Güterichter	348
--	-----

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

8 2015



Inhalt

Aufsätze		<i>M. Sachs/C. Jasper</i> , Versteinerungsgefahr gebannt – Keine Modifikationskompetenz bei fortgeltendem Bundesrecht	465
		<i>M. Morlok/S. Lehmann</i> , Der Anspruch auf Bekanntgabe von Rechenschaftsberichten politischer Parteien	470
		<i>B. Linke</i> , Gewerbefrei oder „Über“-reguliert? – Die Vermittlung von Personenbeförderungsdiensten auf dem Prüfstand	476
		<i>B. Herz/C. von der Groeben</i> , Genehmigungserfordernisse bei Modernisierung, Erweiterung und Sortimentsänderung – zu den Grenzen der Einzelhandelsregulierung	480
		<i>A. Rietzler</i> , Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung bei ausländischen Vorhaben im Lichte der Espoo-Konvention	483
Kurze Beiträge		<i>G. Bennemann</i> , Datenschutz versus rechtmäßige Entscheidungen kommunaler Vertretungsorgane	490
Zur Rechtsprechung		<i>G. Neureither</i> , Loyalitätsobligationen kirchlicher Arbeitnehmer – Neue Variationen eines alten Themas	493
Mitteilungen		<i>T. Lülsdorf-Bresges</i> , 15. Kolloquium zu Bergbau und Umweltschutz	497
Buchbesprechungen		<i>R. Schäffer</i> , Die Vergabe von ÖPNV-Dienstleistungen in Deutschland und Europa (<i>B. Linke</i>)	498
Rechtsprechung			
EGMR	8. 4.14–70945/11 ua	Löschung als eingetragene Kirche auf Grund ungarischen Kirchengesetzes	499
EuGH	22. 1.15–C-463/13	Konzessionsvergabe im Glücksspielrecht Anm. <i>D. Uwer</i>	506 509
BVerfG	16. 12.14–1 BvR 2142/11	Unterlassen einer Richtervorlage – Unvertretbare Gesetzesauslegung	510
BVerfG	22. 10.14–2 BvR 661/12	Loyalitätsobligationen in kirchlichen Arbeitsverhältnissen (Ls.)	517
BVerfG	17. 12.14–2 BvR 278/11	Staatliche Anerkennung der Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft	517
BVerfG	24. 7.14–2 BvR 816/14	Rechtswidriger Ausschluss eines Beamten vom Beförderungsverfahren Anm. <i>B. Wittkowski</i>	523 525

BVerwG	27. 11. 14 – 2 A 10/13	Aufhebung der Regelbeurteilung und Erstellung einer neuen Beurteilung	526
BVerwG	12. 11. 14 – 9 C 4/13	Erschlossenheit eines Hinterliegergrundstücks	528
BVerwG	27. 11. 14 – 4 C 31/13	Wertermittlung der Steigerung des Bodenwerts eines Grundstücks	531
VGHKassel	20. 10. 14 – 6 B 1583/14	Aussetzung der Ausfuhrgenehmigung für Gefechtsübungszentrum Anm. V. Winkler	533 536

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NJW	V
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	V
Rechtsprechung in Leitsätzen	VI
EU-Nachrichten, Gesetzgebung, Gesetzgebungsverfahren	VII

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen vom **VERLAG C.H.BECK**.
Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 110241, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung, Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beihft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2015: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 149,50 (darin € 9,78 MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 132,50 (darin € 8,67 MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 16,- (darin € 1,05 MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 237,50 (darin € 15,54 MwSt.); **Vorzugspreis** (w. o.) halbjährlich € 212,50 (darin € 13,90 MwSt.); Einzelheft NVwZ m. RR € 24,50 (darin € 1,60 MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Verandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358,
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

Infrastruktur

Energie · Verkehr · Abfall · Wasser



Geschäftsführende Herausgeber

Hans-Joachim Reck
VKU
Prof. Dr. Christian Theobald
BBH

Herausgeber

RiBVerfG Prof. Dr. Gabriele Britz
Bundesverfassungsgericht
Christian Held
BBH, GEODE
Prof. Dr. Georg Hermes
Universität Frankfurt a.M.
Folkert Kiepe
Beigeordneter a.D. Deutscher Städtetag
Prof. Dr. Christian Koenig
Universität Bonn
Holger Lösch
BDI
Prof. Dr. Jürgen Kühling
Universität Regensburg
Andrees Gentzsch
BDEW
Reiner Metz
VDV
Dr. Christiane Nill-Theobald
TheobaldConsulting
Detlef Raphael
Deutscher Städtetag
Prof. Dr. Jens-Peter Schneider
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Adolf Topp
AGFW

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

E. Staebe: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich 74
Th. Brändlein: Die historische Entwicklung des Eisenbahnplanungsrechtes:
Von 1825 bis 1945 (Teil 1) 77

Energie

BGH: Keine neuen Maßstäbe für die (regulierungs-)behördliche Kontrolle von Baukostenzuschüssen 82
BGH: Rückforderung von Zahlungen im Rahmen eines Erdgas-Sonderkundenvertrages ohne Preisanpassungsklausel 83
BGH: Entscheidung zur KWK-Umlage und zur Einbeziehung von „Objektnetzen“ in den Belastungsausgleich des KWKG 85
OLG Brandenburg: Zu rückwirkend geltend gemachten Ansprüchen auf vermiedene Netzentgelte in den Jahren 2005 und 2006 86
LG Frankenthal: Mahnkostenpauschale von EUR 5,00 in Energielieferverträgen unzulässig 87
LG Kiel: Verstoß gegen das Transparenzgebot in Konzessionierungsverfahren durch unzureichende Auswahlkriterien 89
VG Frankfurt a.M.: Keine Begrenzungsentscheidung nach besonderer Ausgleichsregelung bei fehlendem eigenen Stromzähler 90
VG Sigmaringen: Keine kommunalaufsichtsrechtliche Beanstandung der Konzessionsvergabe bei für möglich gehaltener Nichtigkeit des Altvertrages 92

Verkehr

LG Köln: Zur Reichweite der Sperrwirkung eines Planfeststellungsbeschlusses für zivilrechtliche Ausgleichsansprüche 93

Telekommunikation

OLG Düsseldorf: Unwirksamkeit einer Zugangsfiktion bei Hinterlegung von Online-Rechnung im persönlichen Service-Bereich des Kunden sowie eines Entgelts für eine Rechnung in Papierform 94

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift





Inhalt

Abhandlungen und Aufsätze

<i>Anna Katharina Mangold</i> und <i>Rainer Wahl</i> , Das europäisierte deutsche Rechtsschutzkonzept	1
<i>Niels Petersen</i> , Wettbewerbsbehörden als subsidiäre Regulierungsbehörden	29
<i>Jan Henrik Klement</i> , Auf der Suche nach dem öffentlichen Zweck. Kommunale Energiewirtschaft zwischen Daseinsvorsorge und Energiewende	55

Rechtsprechungsanalyse

<i>Christian Waldhoff</i> , Steuerrecht und Verfassungsrecht. Bericht über ausgewählte Entscheidungen zu verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Besteuerung aus den Jahren 2008 bis 2014	85
---	----

Berichte und Kritik

<i>Johannes Saurer</i> , Die fachgesetzliche Modernisierung des Verwaltungsakts am Beispiel des Frequenzverwaltungsrechts des TKG	115
---	-----

Buchbesprechungen

<i>Peuker, Enrico</i> , Bürokratie und Demokratie in Europa (<i>Matthias Mahlmann</i>) ...	135
<i>Ruffert, Matthias</i> (Hrsg.), Europäisches Sektorales Wirtschaftsrecht (<i>Markus Kotzur</i>)	138
<i>Martin, Jule</i> , Das Steuerungskonzept der informierten Öffentlichkeit. Neue Impulse aus dem Umweltrecht des Mehrebenensystems (<i>Matthias Rossi</i>)	141
<i>Ismer, Roland</i> , Klimaschutz als Rechtsproblem. Steuerung durch Preisinstrumente vor dem Hintergrund einer parallelen Evolution von Klimaregimes verschiedener Staaten (<i>Anna Leisner-Egensperger</i>)	143
<i>Germelmann, Claas Friedrich</i> , Kultur und staatliches Handeln (<i>Max-Emanuel Geis</i>)	144
<i>Gersdorf, Hubertus / Paal, Boris P.</i> (Hrsg.), Informations- und Medienrecht. GRC – EMRK – GG – RStV – BGB – IFG – VIG – GWB – TKG – TMG (<i>Ino Augsberg</i>)	147
<i>Burgi, Martin</i> , Kommunale Verantwortung und Regionalisierung von Strukturelementen in der Gesundheitsversorgung (<i>Astrid Wallrabenstein</i>)	149
<i>Edenharter, Andrea</i> , Der demografische Wandel als Herausforderung für das Raumordnungsrecht und das Baurecht (<i>Stephan Rixen</i>)	152

swissenschaften

urt Koselleck, Franz Mayer,

i, München/Stefan Fisch,
t, Jena/Friedrich Schoch,

iversität München, Institut
80539 München; Prof. Dr.
ches Recht, Platz der Alten
lbert-Ludwigs-Universität,
Br.; Prof. Dr. H. Schulze-

edrich-Schiller-Universität
es Recht, Europarecht und

beziehen, werden an Herrn

urheberrechtlich geschützt.
rrechtsgesetzes bedarf der
en in eine von Maschinen

ückgabe erfolgt nur, wenn
teilt ein Angebot zur Über-
zum Ablauf des Urheber-
1 bzw. implizit durch Ab-
igene Verlagsrecht schließt
sowie zu weiteren Vervielf-
Verfahren ein. Dem Autor
Verlagen eine einfache Ab-
aus steht dem Autor zu.

ng von ca. 616 Seiten als
jährlich € 188,- für Institu-
unbegrenzte Nutzerzahl an
inkl. personengebundenem
ies Nachweises eine Ermä-
rsonen. Einzelhefte (ohne
verbindliche Preisempfeh-

n den Verlag gerichtet wer-
fen.

mblot.de/loi/verw (ab Jg.

ab 2003) finden Sie unter:

er-Weg 9, 12165 Berlin
www.duncker-humblot.de
erlin

(Online-Ausgabe)



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Sabine Sadlo: Werbungskostenpauschale für Vertreter – Judikaturübersicht

3

Das Werbungskostenpauschale für Vertreter kann für Arbeitnehmer nicht nur durchaus erleichternd, sondern auch wirtschaftlich vorteilhaft sein. Keineswegs fällt aber jede Außendiensttätigkeit unter die Vertretertätigkeit iSd Pauschalierungsverordnung. Vielmehr ist ein regelmäßiger Kontakt und Verkehr zum Kunden zum Zwecke konkreter Geschäftsabschlüsse in Verbindung mit einer überwiegenden Außendiensttätigkeit notwendig. An dieser Voraussetzung scheitern jedoch – wie der aktuelle Beitrag aufzeigt – viele Antragsteller vor dem BFG.

RECHTSPRECHUNG

» ALLGEMEINES ARBEITSRECHT

- Verjährung der Konventionalstrafe aus einer Konkurrenzklausel 8
- Urlaubsvorgriff nur nach Vereinbarung 9
- Urlaub während vorgesehener Ersatzruhe? 10
- Entgeltanspruch bei einseitiger Verlegung einer im Schichtplan als unbezahlt vorgesehenen Ruhepause 11

» INSOLVENZ-ENTGELT

- Laufendes Entgelt und Kündigungsentschädigung im Austrittsmonat – Grenzbetrag nach IESG 13
- Insolvenz-Entgelt für Kündigungsentschädigung 14
- Kein Anspruch auf Insolvenz-Entgelt für Vorstand einer Aktiengesellschaft 16

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

- Berufsschutz: Keine Diskriminierung von Versicherten mit kürzerem Beobachtungszeitraum 16

» STEUERRECHT

- BFG: Quasi-Rückwirkung der ImmoESt doch bedenklich 18
- Spekulationseinkünfte – Haussanierung oder Hausbau? 19
- Selbstanzeige nach FinStrG – keine Wiedereinsetzung möglich 19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19

Versicherungsvertragsrecht

Lebensversicherung

BGH	11. 2. 2015	(IV ZR 213/14)	Beteiligung am Überschuss und an Bewertungsreserven sind als Bestandteile des umfassenden Begriffs der Überschussbeteiligung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu finanzieren	433
OLG Braunschweig	21. 8. 2014	(3 U 13/14)	Kein verbraucherkreditrechtlicher Widerruf einer gesonderten Kostenausgleichsvereinbarung	436
OLG Braunschweig	7. 10. 2014	(3 U 13/14)		

Krankheitskostenversicherung

KG	7. 11. 2014	(6 U 194/11)	Die rückwirkende Geltung des Notlagentarifs erfordert nicht die Ruhendstellung der Versicherungsleistungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der gesetzlichen Regelung	440
LG Gießen	12. 8. 2014	(2 O 210/14)	Keine Erstattungspflicht für eine häusliche Krankenbeobachtung wegen Anfallsleidens	441

Unfallversicherung

OLG Karlsruhe	24. 10. 2014	(9 U 3/13)	Vertrauensschutz bei einer nicht fristgerechten ärztlichen Feststellung der Invalidität	443
---------------	--------------	------------	--	-----

Kfz-Kaskoversicherung

OLG Stuttgart	16. 10. 2014	(7 U 121/14)	Eine Verletzung der Aufklärungspflicht gem. Nr. E.1.3 AKB 08 kann auch ohne Vorliegen einer Unfallflucht im strafrechtlichen Sinn gegeben sein	444
---------------	--------------	--------------	--	-----

Wohngebäudeversicherung

AG Bad Dürkheim	19. 12. 2013	(2 C 111/13)	Leistungskürzung auf null wegen grob fahrlässiger Herbeiführung eines Markisenschadens	446
-----------------	--------------	--------------	--	-----

Haftungsrecht

Amtshaftung

BGH	20. 11. 2014	(III ZR 494/13)	Der Schutzzweck der GVO und des VermG ist auf materiell Restitutionsberechtigte beschränkt	447
-----	--------------	-----------------	--	-----

Anwaltshaftung

OLG Zweibrücken	11. 7. 2014	(2 U 32/13)	Rat zum Abschluss eines Prozessvergleichs über eine nichtige Verpflichtung	450
-----------------	-------------	-------------	--	-----

Architektenvertrag

BGH	24. 4. 2014	(VII ZR 164/13)	§ 6 Abs. 2 HOAI ist unwirksam – das Honorar kann nicht aus einvernehmlich festgelegten Baukosten ermittelt werden	451
-----	-------------	-----------------	--	-----

Arzthaftung

OLG Koblenz	5. 5. 2014	(5 U 44/14)	Verspätete Diagnose eines Bone bruise (knöchernen Mikrofrakturen) ohne Einfluss auf den Kausalverlauf begründet keine Haftung	454
OLG Köln	19. 5. 2014	(5 U 1/14)	Unzureichende Aufklärung über die Diagnose einer nicht therapierbaren Erkrankung	455

Arztvertrag

BGH	16. 10. 2014	(III ZR 85/14)	Von § 17 KHEntgG abweichende Vereinbarungen über den Kreis der liquidationsberechtigten Wahlärzte sind nach § 134 BGB nichtig	456
-----	--------------	----------------	--	-----



Mietvertrag			
BGH	19. 11. 2014 (VIII ZR 191/13)	Einen vom Mieter leicht fahrlässig verursachten Brandschaden muss der Vermieter bei Nichtinanspruchnahme der Wohngebäudeversicherung beheben	459
Steuerberaterhaftung			
BGH	25. 9. 2014 (IX ZR 199/13)	Pflicht des Beraters zur Befolgung von Weisungen des Mandanten	463
Straßenverkehr			
Abschleppen			
BGH	4. 7. 2014 (V ZR 229/13)	Erstattungsfähige Kosten für das Abschleppen eines unbefugt auf einem Privatgrundstück abgestellten Fahrzeugs bemessen sich nach Ortsüblichkeit	466
Wettbewerbsrecht			
Unlauterer Wettbewerb			
BGH	13. 3. 2014 (I ZR 120/13)	Krankenhaus darf im Wege des Entlassmanagements die Medikamentenbelieferung eines entlassenen Patienten durch Kooperationsapotheke veranlassen	469
Verfahrens- und Kostenrecht			
Beschwer			
BGH	13. 1. 2015 (VI ZB 29/14)	Berufungsbeschwer eines Unterlassungsschuldners nach Verurteilung zur Löschung von E-Mails auf seiner Internetseite	471
Beweisaufnahme			
BGH	13. 1. 2015 (VI ZR 204/14)	Hinweispflicht des Gerichts bei geplantem Verzicht auf Sachverständigen aufgrund eigener Sachkunde	472
Klagerücknahme			
OLG Köln	4. 3. 2014 (20 W 95/13)	Keine Klagerücknahme vor Begründung eines Prozessrechtsverhältnisses	473
Sachverständiger			
OLG Koblenz	20. 1. 2014 (3 W 695/13)	Festsetzung eines Ordnungsgeldes wegen Überschreitens der Bearbeitungsfrist	474
Auslandsrecht (Österreich)			
Sämtliche Versicherungszweige			
OGH	9. 7. 2014 (7 Ob 78/14 t)	Kein gesondertes Entgelt für Prämienzahlung mittels Zahlscheins	475

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

7/2015



INHALT

Aktuell	Rechtsprechung	V
	Terminvorschau des BSG	VII
	Mitteilungen	VII
	Veranstaltungen	IX
Aufsätze und Berichte	<i>F. Ruland, Hans F. Zacher (1928 – 2015)</i>	241
	<i>T. Krodel, Sozialgerichtlicher Eilrechtsschutz – hier: Anwendungsbereiche der Anordnung und Feststellung der aufschiebenden Wirkung</i>	244
	<i>D. Lanzinner / R. Nath, Beitragsrechtliche Folgen der verdeckten Überlassung von Scheinselbständigen – Teil II</i>	251
Buchbesprechungen	<i>Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, Sozialgerichtsgesetz, SGG, Kommentar (B. Glatzel)</i>	260
	<i>N. Schneider, RVG Praxiswissen (R. Günter)</i>	260
Rechtsprechung		
Europarecht	Leistungen bei Arbeitslosigkeit für Grenzgänger (<i>EuGH Urt. v. 5.2.2015 – C-655/13 – mit Fokus</i>)	261
Krankenversicherungsrecht	Vergütung von Medikamenten von der Krankenhausapotheke (<i>BSG Urt. v. 27.11.2014 – B 3 KR 12/13 R – mit Fokus</i>)	262
	Abschnittsweiser Krankengeldanspruch (<i>BSG Urt. v. 16.12.2014 – B 1 KR 19/14 R</i>)	265
	Anspruch auf Abschluss einer Vergütungsvereinbarung zwischen Krankenfahrdienst und Krankenkasse über Treppenauszahlung (<i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 12.12.2014 – L 4 KR 2189/13</i>)	265
Pflegeversicherungsrecht	Pflegemehrbedarf für Kind mit Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalte (<i>SG Osnabrück Urt. v. 20.11.2014 – S 14 P 41/13</i>)	265
Rentenversicherungsrecht	Pflicht zur Abführung der Künstlersozialabgabe (<i>BSG Urt. v. 8.10.2014 – B 3 KS 1/13 R</i>)	266
	Rückwirkende Bewilligung von Renten wegen voller Erwerbsminderung – Rückforderung zwischenzeitlicher Leistungen (<i>SG München Beschl. v. 14.1.2015 – S 31 R 990/13</i>)	268
Grundsicherungsrecht	Darlegungsanforderungen bei der Gewährung von vorläufigen Leistungen bei selbstständiger Tätigkeit (<i>LSG Sachsen-Anhalt Beschl. v. 19.12.2014 – L 4 AS 458/14</i>)	268
	Pfändung einer Nachzahlung vom Pfändungsschutzkonto (<i>LSG Bayern Beschl. v. 9.1.2015 – L 7 AS 846/14 B ER</i>)	268
	Umzug in neue Wohnung ohne Zustimmung des Grundsicherungsträgers (<i>SG Aachen Urt. v. 21.10.2014 – S 11 AS 25/15 – mit Fokus</i>)	268

Arbeitsförderungsrecht	Vergütung für die Vermittlung in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis (BSG Urt. v. 11.12.2014 – B 11 AL 1/14 R – mit Fokus)	270
	Erreichbarkeit für die Arbeitsagentur bei Aufenthalt im Ausland (LSG Bayern Urt. v. 11.12.2014 – L 10 AL 263/13)	272
Vertragsarztrecht	Aufnahme eines Arztes in ein Bewertungsportal gegen dessen Willen (BGH Urt. v. 23.9.2014 – VI ZR 358/13 – mit Fokus)	272
Verfahrensrecht	Voraussetzungen für einen Überprüfungsantrag eines Leistungsberechtigten (BSG Urt. v. 28.10.2014 – B 14 AS 39/13 – mit Fokus)	275
	Berichtigung des Tenors -Vorliegen einer offenbaren Unrichtigkeit (LSG Niedersachsen-Bremen Beschl. v. 23.9.2014 – L 2 R 431/14 B – mit Fokus)	276
	Telefonische Darlegung des Wiedereinsetzungsgrunds (LSG Bayern Beschl. v. 4.12.2014 – L 15 SF 53/13)	279
	Hinreichende Bestimmtheit der Überleitungsanzeige des Sozialhilfeträgers – Schenkungsrückforderung (LSG Baden-Württemberg Urt. v. 4.12.2014 – L 7 SO 4268/11)	279
	Fehlende Unterschrift auf Gerichtsbescheid (LSG Niedersachsen-Bremen Urt. v. 17.12.2014 – L 3 U 159/13)	279
	Fehlerhafte aktenmäßige Erfassung eines Rechtsmittels – Anordnungsgrund nach erstinstanzlicher Hauptsacheentscheidung (LSG Bayern Beschl. v. 18.12.2014 – L 7 AS 722/14 B ER)	280

Fachanwalts-Lehrgang Sozialrecht

Leipzig Start: 16.04.2015 *mit Durchführungsgarantie*

Stuttgart Start: 19.11.2015

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

Anzeigen der Rubrik „Lehrgänge/Seminare/Veranstaltungen“
erscheinen auch online unter
www.beck-stellenmarkt.de/Weiterbildung

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG,
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
und **VERLAG C.H.BECK.**

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

NZS Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche,
betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

Verantwortlicher Schriftleiter:

Dr. Gerhard Knorr
Merseburger Str. 8 a
80993 München
Tel. (0 89) 1 49 35 78 priv.
E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion:

Karl Habermann, Ltd. MR a. D.
Günther Macht, Ltd. MR
André Scharrer, RiArbG

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.
Amtsgericht München, HRA 48 045.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat.

Bezugspreise 2015: Jahresabo € 329,- (darin € 21,52 MwSt.). Vorzugspreis für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang) und Referendare € 299,- (darin € 19,56 MwSt.). Einzelheft € 16,- (darin € 1,05 MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur in-

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,
Beethovenstr. 7b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Jens M. Schubert

Gesetzlicher Mindestlohn und Unionsrecht – Ein Appell!

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VIII

Impressum

XXVI

Aufsätze und Berichte

Frank Bayreuther

Rechtsfragen des Mindestlohns in der betrieblichen und anwaltlichen Praxis – ein Update

385

Sönke Oltmanns / Michael Fuhlrott

Die Auftraggeberhaftung bei Verstößen gegen das MiLoG

392

Stephan Pötters / Daniel Krause

Konsequenzen eines Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz

398

Viktoria Koch-Rust / Pascal Kolb / Gabriele Rosentreter

Mindestlohn auch für dual Studierende?

402

Daniel Dommermuth-Alhäuser / Eva Heup

Anrechnung von Trinkgeld auf den Mindestlohn?

406

Peter Hantel

Unionsrechtliche Grenzen für administrative Pflichten nach dem Mindestlohngesetz

410

Anita Schmitz-Witte / Viktoria Killian

Die Dokumentations- und Meldepflichten nach dem Mindestlohngesetz – Die Last der Bürokratie

415

Peter Aulmann

Behördliche Aufsicht über die Gewährung der Mindestlöhne

418

Buchbesprechungen

J. M. Schubert/K. Jerchel/F. J. Düwell, Das neue Mindestlohngesetz (*U. Preis*)

421

V. Vogt, Arbeitsrecht im Konzern (*S. Krieger*)

421



Blick ins Steuerrecht

Jens Intemann

Neue gesetzliche Neuregelung für Betriebsveranstaltungen

Fahrtkosten eines Gewerbetreibenden zu seinem einzigen Auftraggeber

Fahrtkosten eines Selbstständigen zu verschiedenen Auftraggebern

422

Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

EuGH	17. 03. 2015 – C-533/13	Umfang der Leiharbeit – Auslegung der Leiharbeitsrichtlinie	423
EuGH	26. 02. 2015 – C-238/14	Vermeidung missbräuchlichen Einsatzes aufeinanderfolgender befristeter Arbeitsverträge	424
BAG	29. 01. 2015 – 2 AZR 164/14	Betriebsbedingte Änderungskündigung – Gleichrangigkeit der Sozialkriterien	426
BAG	23. 10. 2014 – 2 AZR 644/13	Außerordentliche und hilfsweise ordentliche Kündigung sowie Verdachtskündigung wegen Konkurrenztaetigkeit	429
BAG	16. 10. 2014 – 8 AZR 696/13	Widerspruch gegen Übergang des Arbeitsverhältnisses infolge Betriebsübergangs – Monatsfrist ab Unterrichtungszugang	433
BAG	18. 11. 2014 – 9 AZR 584/13	Bewertung der Arbeitnehmerleistung im Arbeitszeugnis	435

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	09. 12. 2014 – 1 AZR 146/13	Ansprüche aus freiwilliger Betriebsvereinbarung	438
BAG	25. 02. 2015 – 1 AZR 642/13	Pausengewährung – Vergütung wegen Annahmeverzugs	442
BAG	06. 05. 2014 – 9 AZR 724/12	Festlegung des Anforderungsprofils einer Stelle im öffentlichen Dienst – Konkurrentenklage	446

Verfahrensrecht

BAG	02. 07. 2014 – 10 AS 3/14	Bindungswirkung rechtskräftiger Verweisungsbeschlüsse – Örtliche Zuständigkeit von Gerichten der Arbeitsgerichtsbarkeit	448
-----	---------------------------	---	-----

Orientierungssätze

BAG	16. 07. 2014 – 10 AZR 698/13	Tarifliche Sonderprämien für die Sprengung von Wasserbomben	448
-----	------------------------------	---	-----

Inhalt



EDITORIAL	Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer	
EU-AGENDA		
Parlament	Interfraktionelle Intergroups stehen fest	145
Rat	Lettische Ratspräsidentschaft will Fortschritte bei EURES und Bekämpfung von Schwarzarbeit	145
Kommission	Europäischer Investitionsplan	145
	Interpretation des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts	146
	EU-Kommission veröffentlicht TTIP-Papiere, Verhandlungen laufen weiter	146
	Mobile Gesundheitsdienste: Ergebnisse der öffentlichen Konsultation	146
	Ausschuss für Sozialschutz veröffentlicht Jahresbericht 2014	147
Europ. Wirtschafts- schafts- u. Sozial- ausschuss	Stillstand bei EU-Datenschutzverhandlungen schadet der Wirtschaft	147
Europäische Gruppierungen	Sozialversicherungsausweise in der europäischen Bauwirtschaft	147
Aus den EU-Mitgliedstaaten	Bulgarien will den Euro, Tschechien hat keine Eile	147
	Portugal: Regierung Coelho lässt Athener „Südfront“ abblitzen	148
	Großbritannien: Anti-EU-Presse und Regierung proben für „Eurokrise“	148
AUFSÄTZE	<i>Dr. Thomas Vießmann</i> Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten gemäß Verordnung (EG) Nr. 883/2004 im Fall der Vollarbeitslosigkeit de lege lata – neuere Entwicklungen (Teil I)	149
	<i>Dr. Arno Bokeloh</i> Die Rechtsstellung der Selbstständigen im koordinierenden Europäischen Sozialrecht	156
	<i>Dr. Stephan Pötters/Maximilian Schmidt</i> Beweislast und Beweismaß im Diskriminierungsrecht – ein Blick nach Österreich	165
	<i>Gisela Hütter</i> Reprise der Rs. Rüffert? – Der Vergabemindestlohn vor dem EuGH	170
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
Freier Dienst- leistungsverkehr	<i>Mindestentgelt/Nachunternehmen</i> Richtlinie 96/71/EG; Art. 56 AUEV EuGH, Urt. v. 18.9.2014, Rs. C-549/13 Bundesdruckerei GmbH ./ Stadt Dortmund – Anmerkung siehe Besprechungsaufsatz von Gisela Hütter, Bonn, abgedruckt in diesem Heft S. 170 ff.	176
Alters- diskriminierung	<i>Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf/Vordienstzeitenanrechnung</i> Richtlinie 2000/78/EG EuGH, Urt. v. 11.11.2014, Rs. C-530/13 Leopold Schmitzer ./ Bundesministerin für Inneres – Anmerkung von Prof. Dr. Gustav Wachter, Innsbruck	180
VERHANDLUNGEN VOR DEM EUGH		V
GESAMTSCHAU		VII



ABHANDLUNGEN

Verjährung und Verfall im Arbeitsrecht PETER JABORNEGG	71
Aufenthaltsrecht versus sozialrechtliche Gleichbehandlung EBERHARD EICHENHOFER	80
Ausgewählte Rechtsfragen zum Rehabilitationsgeld WERNER PLETZENAUER	87

ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN

Schleherer als Kommanditisten MONIKA WEISSENSTEINER zu VwGH vom 11.6.2014, 2012/08/0157	91
Rückforderung von Unterstützungen zur Entgeltfortzahlung BENJAMIN KNEIHS zu OGH vom 23.4.2014, 10 Obs 9/14t	97
Zulässige Kettenvereinbarung von befristeten Dienstzeiten im Rahmen von unbefristeten Dienstverhältnissen MIRIAM MITTSCHKA zu OGH vom 28.4.2014, 8 ObA 59/13d	101
Beschränkungs- und Benachteiligungsverbot sowie Mandatsschutzklausel zu Unrecht ignoriert BARBARA TROST zu OGH vom 28.4.2014, 8 ObA 76/13d	104
Kündigung wegen langer Krankheit – Diskriminierungsverbot und Verpflichtung zu „angemessenen Maßnahmen“ SUSANNE AUER-MAYER zu OGH vom 29.4.2014, 9 ObA 165/13z	110
Entgeltfortzahlung bei der Teilnahme an einer Betriebsversammlung WOLFGANG GORICNIK zu OGH vom 29.4.2014, 9 ObA 27/14g	115
Von Rosinentheorien und Aufklärungspflichten ELISABETH KOHLBACHER zu OGH vom 26.6.2014, 8 ObA 26/14b	120
Übergenuß bei Vertragsbediensteten HELMUT ZIEHENSACK zu OGH vom 22.7.2014, 9 ObA 46/14a	125

PERSONALIA

Besetzung der in Arbeits- und Sozialrechtssachen tätigen Senate des OGH ab 1.1.2015	131
---	-----

BUCHBESPRECHUNGEN

Wagner/Bergthaler (Hrsg) Interdisziplinäre Rechtswissenschaft – Schutzansprüche und Schutzaufgaben im Recht (Festschrift Kerschner) PETER MADER	131
Kamber Die Änderungskündigung im Arbeitsvertragsrecht FRIEDRICH STEINER	132
Heinz Tarifgeltung ohne Mitgliedschaft MARTIN RISAK	133
Grabenwarter (Hrsg) Europäischer Grundrechtsschutz SUSANNE AUER-MAYER	134

Inhalt

<i>Wehrle</i>	135
Bin ich hier der Depp? – Wie Sie dem Arbeitswahn nicht länger zur Verfügung stehen BARBARA TROST	
<i>Deinert/Welti (Hrsg)</i>	136
Behindertenrecht – StichwortKommentar SUSANNE AUER-MAYER	



ENTSCHEIDUNGEN

ARBEITSRECHT

52 (Schlüssige) Rechtswahl bei grenzüberschreitenden Arbeitsverträgen: Auch allgemeiner Kündigungsschutz richtet sich nach dem gewählten Recht OGH 25.11.2014, 8 ObA 34/14d	61
53 Unwirksamkeit der vollmachten Kündigung eines Vertragsbediensteten trotz nachträglicher Genehmigung durch das zuständige Organ OGH 29.10.2014, 9 ObA 88/14b	63
54 Unwirksamkeit einer Kündigungsverzichtsklausel bei Kenntnis des Arbeitnehmers von der Zuständigkeitsüberschreitung des Vertreters OGH 25.11.2014, 8 ObA 34/14d	64
55 Unentgeltlichkeit von Vortragstätigkeiten OGH 27.11.2014, 9 ObA 134/14t	66
56 Anrechnung einer Beihilfe zur Deckung der Lebenshaltungskosten auf die Kündigungsentschädigung OGH 25.11.2014, 8 ObA 42/14f	66
57 Berechtigte Entlassung nach Bedrohung der Ehefrau des Arbeitgebers OGH 29.10.2014, 9 ObA 112/14g	68
58 Arbeitgeber wider besseres Wissen angezeigt – gerechtfertigte Entlassung wegen Vertrauensunwürdigkeit OGH 27.11.2014, 9 ObA 116/14w	68
59 Gesetzwidrige Konkurrenzklausel – Wahlrecht des Arbeitnehmers OGH 29.10.2014, 9 ObA 87/14i	68
60 Pensionsrecht im nachwirkenden KollV „EDO“ wegen einzelvertraglich vereinbarter Anwendung des ÖBB-Pensionsrechts nicht mehr gültig OGH 29.10.2014, 9 ObA 157/13y	69
61 Kündigung einer gemobbten Arbeitnehmerin – Nennung falschen Rechtsgrundes in der Klage (Sittenwidrigkeit, § 879 ABGB, statt verpöntes Motiv nach § 105 Abs 3 Z 1 ArbVG) schadet nicht OGH 25.11.2014, 8 ObA 53/14y	70
62 Kein Ausbildungskostenrückerersatz bei Austritt wegen Mutterschaft OGH 29.9.2014, 8 ObA 57/14m	70
63 Interpretation der Ausnahme für Lehr- und Erziehungskräfte an Unterrichts- und Erziehungsanstalten im AZG OGH 29.10.2014, 9 ObA 91/14v	71
64 Durchrechnung der Arbeitszeit nach § 18 Abs 2 AZG durch KollV – maximale Verlängerung der wöchentlichen Normalarbeitszeit bis insgesamt 50 Stunden OGH 25.11.2014, 8 ObA 67/14g	73
65 Keine ungekürzte Kinderzulage für Teilzeitbeschäftigte OGH 25.11.2014, 8 ObA 76/14f	73
66 Entlassung wegen dauernder Arbeitsunfähigkeit nach § 82 lit b GewO 1859 OGH 29.10.2014, 9 ObA 92/14s	75
67 Freigestellte Zentralbehindertenvertrauensperson – kein Anspruch auf eine nicht schon zuvor bezogene Verwendungszulage OGH 29.10.2014, 9 ObA 89/14z	76
68 Verjährte Abfertigung – keine Insolvenz-Entgeltsicherung OGH 26.6.2014, 8 ObS 5/14i	77
69 Insolvenz-Entgelt – Austrittsobligiertheit bei Nichtzahlung des Lohnes nach Berichtstagsatzung OGH 30.10.2014, 8 ObS 12/14v	77
70 Keine Bindung des Insolvenz-Entgelt-Fonds an Anerkenntnis der Forderung durch den Insolvenzverwalter OGH 30.10.2014, 8 ObS 10/14z	78
71 Ordnungsgemäße Lohnabrechnung – nicht gewidmete Barbeträge OGH 29.10.2014, 9 ObA 100/14t	79

Inhalt

72 Keine Verbandsklagemöglichkeit der Bundesarbeitskammer nach KonsumentenschutzG gegen gesetzwidrige Bestimmungen in Arbeitsverträgen OGH 18.12.2014, 9 ObA 113/14d	79
73 Adipositas des Arbeitnehmers – Vorliegen einer „Behinderung“ iSd RL 2000/78/EG EuGH 18.12.2014, C-354/13, FOA	81
74 Gescheiterter Sanierungsversuch bei der Anrechnung von Vordienstzeiten EuGH 11.11.2014, C-530/13, Schmitzer	82
75 Zulässige wiederholte Befristungen einer Vertragslehrerin zu Vertretungszwecken OGH 29.10.2014, 9 ObA 95/14g	83
76 Keine Mitteilung über Änderung der Abgabestelle – Zustellung durch Hinterlegung wirksam OGH 29.10.2014, 9 ObA 104/14f	84

ARBEITSLOSENVERSICHERUNGSRECHT

77 Unter Sachwalterschaft stehender Arbeitsloser wurde Notstandshilfebezug mangels Arbeitswilligkeit eingestellt BVwG 9.12.2014, W151 2002585-1	85
78 Widerruf und Rückforderung des Arbeitslosengeldes wegen Auszahlung von Urlaubstagen durch die BUAK während eines geringfügigen Dienstverhältnisses BVwG 6.11.2014, W121 2011105-1	85
79 Rückzahlung der Notstandshilfe wegen einer in den Niederlanden geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehe BVwG 17.12.2014, W223 2010470-1	86
80 Rechtsmittel gegen Bescheide des AMS haben seit 24.1.2015 aufschiebende Wirkung VfGH 2.12.2014, G 74/2014, G 78/2014	87

SOZIALRECHT

81 Ermittlung des Anspruchslohns – Schadenersatzpflichten zu berücksichtigen VwGH 27.11.2014, 2013/08/0291	88
82 Haftung des Geschäftsführers für Beitragsschulden VwGH 27.11.2014, 2012/08/0216	89
83 Kriterium der Notwendigkeit iSd § 133 Abs 2 ASVG bei Heilbehelfen OGH 25.11.2014, 10 ObS 135/14x	89
84 Voraussetzungen der Gewährung einer Integritätsabgeltung OGH 25.11.2014, 10 ObS 104/14p	90
85 Kein Anspruch auf Waisenpension bei Selbststudium OGH 25.11.2014, 10 ObS 134/14z	91
86 Herabsinken der Arbeitsfähigkeit OGH 25.11.2014, 10 ObS 93/14	91
87 Unfall auf Betriebsausflug – kein Regressanspruch der Sozialversicherungsträger mangels grober Fahrlässigkeit OGH 19.12.2014, 8 ObA 81/14s	92
88 Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Gültigkeitsdauer von Verschreibungen OGH 21.10.2014, 10 ObS 119/14v	93
89 Staatsbürger eines EU-Mitgliedstaats können sich nicht unter Berufung auf ihre gleichzeitige türkische Staatsbürgerschaft dem Erfordernis eines Inlandswohnsitzes für Ausgleichszulage entziehen EuGH 14.1.2015, C-171/13, Uitvoeringsinstituut werknemersverzekeringen (uwv)/ gegen Demirci ua	94
90 Kinderbetreuungsgeld auch für Lebensgefährtinnen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften OGH 21.10.2014, 10 ObS 102/14v	94
91 Voraussetzung für das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld: Sechs Monate vor dem Beschäftigungsverbot ohne Leistung aus der Arbeitslosenversicherung OGH 21.10.2014, 10 ObS 103/14s	95

Inhalt

92 Kein Anspruch auf Sozialhilfeleistung bei fehlendem Aufenthaltsrecht EuGH 11.11.2014, C-333/13. <i>Elisabeta Dano, Florin Dano gegen Jobcenter Leipzig</i>	96
93 Schwerarbeit durch Überschreitung eines 8-Stunden-Tages OGH 30.9.2014, 10 ObS 95/14i	96
94 Anerkennung einer in anderem Mitgliedstaat gearbeiteten Altersteilzeit als gleichwertig, wenn diese dieselben legitimen Ziele verfolgt wie die nationale Altersteilzeitregelung EuGH 18.12.2014, C-523/13. <i>Larcher/Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd</i>	98
95 Kein Anspruch auf österreichisches Pflegegeld bei Bezug von Pensionen aus Österreich und der Schweiz und Schweizer Wohnsitz OGH 25.11.2014, 10 ObS 96/14m	98

AUS DER PRAXIS – FÜR DIE PRAXIS

EuGH-Rechtsprechung zum Arbeits- und Sozialrecht im Jahr 2014 WALTER GAGAWCZUK	99
Hütter – Fünf Jahre danach LUDWIG DVOŘÁK	106



AKTUELLE SOZIALPOLITIK

„Bonus-Malus-Modell“ Neu – Mehr Chancen auf (Wieder-)Beschäftigung für ältere Arbeitnehmer GERNOT MITTER	111
--	-----

NEUE BÜCHER

<i>Jabornegg/Resch</i> Arbeitsrecht – Rechtstaschenbuch FLORIAN G. BURGER	115
<i>Resch</i> Sozialrecht – Rechtstaschenbuch MONIKA DRS	115
<i>Jabornegg/Naderhirn/Trost</i> Die Betriebsratswahl CHRISTIAN DUNST	115
<i>U. Torggler (Hrsg)</i> GmbHG – Kurzkomentar HELMUT GAHLEITNER	116
<i>Steinlechner/Winkler</i> Kollektivvertrag für Arbeiter und Angestellte in privaten Kuranstalten und Rehabilitationseinrichtungen CATHRINE GRIGO	116
<i>Jungblut</i> Keiner muss draußen bleiben – 44 Erfolgsmodelle gegen Jugendarbeitslosigkeit ILSE LEIDL-KRAPFENBAUER	116
<i>Kohte/Faber/Feldhoff (Hrsg)</i> Gesamtes Arbeitsschutzrecht – Handkommentar WALTER NÖSTLINGER	117
<i>Mazal/Risak (Hrsg)</i> Das Arbeitsrecht – System und Praxiskomentar REINHARD RESCH	117
<i>Dittrich/Tades</i> ArbR – Österreichisches, europäisches und internationales Arbeitsrecht REINHARD RESCH	117

Inhalt

<i>Bruckner/Novak/Piller</i> Verordnung Persönliche Schutzausrüstung (PSA-V) ROLAND SPREITZER	118
<i>Sorger</i> Wer dreht an der Uhr? Geschlechtergerechtigkeit und gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik DORIS WAKOLBINGER	118
<i>Aschauer/Kohlbacher (Hrsg)</i> Sozialversicherungsrecht – Jahrbuch 2014 MONIKA WEISSENSTEINER	118
BÜCHEREINGANG	120

ZfA

Zeitschrift für Arbeitsrecht

45. Jahrgang Heft 4/2014 Okt. – Dez.
ISSN 0342-328 X

Inhalt

- Rüdiger Krause*
Flexibler Personaleinsatz – Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträge zwischen Markt und Regulierung 349
- Reinhard Richardi*
Normsetzung und Normgeltung im kollektiven Arbeitsrecht 395
- Christian Rolfs/Riccarda Marcelli*
Die Alterssicherung der Syndikusanwälte nach den Urteilen des BSG vom 3. April 2014 zwischen Bestandskraft und Vertrauensschutz. ... 419
- Autoren* 471

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir Beilagen vom Verlag C.H. Beck oHG.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

Carl Heymanns Verlag

Redaktionsrat

Karl-Georg Loritz, Roland Wolf

Schriftleitung

Roland Wolf, Thomas Prinz, Barbara Braun, Redaktion ZfA, Breite Str. 29, 10178 Berlin-Mitte, Telefon 0 30/20 33-12 10, Telefax 0 30/20 33-22 10, e-mail: redaktion.zfa@arbeitgeber.de, www.wolterskluwer.de/zfa

Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte zur Veröffentlichung, auch das Recht der weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln, Telefon 02 21/9 43 73-70 00, Telefax 02 21/9 43 73-72 01, www.wolterskluwer.de/zfa. Kundenservice: Telefon 0 26 31/8 01-22 22, e-mail: info@wolterskluwer.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Nachdrucke, auch auszugsweise, sowie fotomechanische Vervielfältigungen, auch von Teilen dieses Heftes, gleichgültig, in welcher Anzahl, auch für innerbetrieblichen Gebrauch, und die Einspeicherung und Ausgabe des Inhaltes dieses Heftes in Datenbanken oder ähnlichen Einrichtungen sind nicht gestattet.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr. Jahrespreis € 156,00 zzgl. Versandkosten (€ 8,00 Inland/€ 16,00 Ausland). Einzelheft € 49,50 zzgl. Versandkosten je nach Heftumfang. Staffelpreise bei einer jährlichen Abnahme von: 3 Abos pro Abo € 140,50; 5 Abos pro Abo € 135,00; 10 Abos pro Abo € 124,00; 15 Abos pro Abo € 119,00; 20 Abos pro Abo € 114,50 zuzüglich Versandkosten. Aufkündigung des Bezuges bis 15. 11. zum Jahresablauf.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn, Telefon 02 21/9 43 73-77 97, Fax -1 77 97, E-Mail: kkuehn@wolterskluwer.de
Anzeigendisposition: Stefanie Szillat, Telefon 02 21/9 43 73-74 26, Fax -1 74 26, E-Mail: sszillat@wolterskluwer.de
Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 19 vom 1. 1. 2014 berechnet.

Satz

rdz GmbH, Sankt Augustin.

Druckerei

Williams Lea & Tag GmbH, München

Flexibler Personaleinsatz

– Arbeitnehmerüberlassung

Von Professor Dr. Rüdiger Krause

- I. Einführung
- II. Flexibler Personaleinsatz Arbeitnehmerüberlassung
 1. Rechtsstatsächliche Aspekte
 - a) Verbreitung und Gründe für die Nutzung der Leiharbeit
 - b) Ökonomische Gründe für die Nutzung der Leiharbeit
 - c) Auswirkungen auf Arbeitnehmerseite
 - d) Arbeitsmarktpolitische und sonstige sozialpolitische Aspekte
 2. Regulierung des Umfangs der Leiharbeit
 - a) Vom Verbot zur Liberalisierung
 - b) Re-Regulierungen durch Gesetzgeber und Justiz
 - c) Tarifvertragliche Regelungen

I. Einführung

Die Fähigkeit, sich in unterschiedlichen Rahmenbedingungen anzupassen, ist ein zentraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Die seit den 1980er Jahren zunehmende Flexibilisierung des Personaleinsatzes zu flexibilisieren, unternehmerischen Bedürfnissen und der verschiedenen insoweit

* Umfassend aktualisierte und mit Nachwuchswissenschaftler

AUFSÄTZE

Ertragsrealisation/Umsatzerlöse

Die Anwendung des IFRS 15 in der Automobilindustrie

WP/StB Dr. Anne Schurbohm-Ebneht /

WP/StB Dr. Kathryn Viemann, beide Berlin

Mit IFRS 15 hat das IASB im Mai 2014 einen neuen Standard zur Erfassung von Umsatzerlösen aus Verträgen mit Kunden herausgegeben. Anders als die bisherigen Regelungen, die durch IFRS 15 ersetzt werden, sieht der neue Standard prinzipienbasierte Vorgaben zur Abbildung von Umsatzerlösen vor. Das darin enthaltene Fünf-Schritte-Modell kann im Einzelfall zu deutlichen Abweichungen von der bisherigen Vorgehensweise zur Umsatzerfassung nach IFRS führen. In dem Beitrag werden Auswirkungen des IFRS 15 auf die Automobilindustrie aufgezeigt. Des Weiteren erfolgt eine Diskussion von für die Automobilindustrie typischer Anwendungsfragen mit Hilfe einer Vielzahl von Beispielen und es werden Unterschiede zu den derzeit geltenden Regelungen dargestellt.

KOR0692740

S. 181

Leasing

Leasingbilanzierung in der internationalen Rechnungslegung

Jan Engels, M.A. / Heinz Dreesen, M.A., beide Bonn

Das IASB-Projekt zur Überarbeitung des Leasingstandards geht in seine entscheidende Phase. Für das zweite Halbjahr 2015 hat das IASB die Herausgabe des finalen Standards angekündigt. Es zeichnet sich ab, dass die bisherige Unterscheidung zwischen Operating und Finance Lease zugunsten einer Bilanzierung auf Basis von Nutzungsrechten und korrespondierenden Verbindlichkeiten abgeschafft werden wird. In dem Beitrag werden die geplanten Neuregelungen, insb. im Hinblick auf die verfolgte Zielsetzung der Erhöhung der Entscheidungsnützlichkeit der vermittelten Informationen diskutiert.

KOR0691355

S. 191

Finanzinstrumente/Konzernabschluss/Unternehmenszusammenschluss

Bilanzierung von Call-Optionen auf Anteile nicht beherrschender Gesellschafter

Prof. Dr. Dirk Hachmeister / Dr. Ann-Sophie Schwarzkopf, beide Hohenheim

Ein Unternehmenskauf erfolgt oftmals in mehreren Tranchen. Der Käufer übernimmt dabei im ersten Schritt eine Minderheitsbeteiligung und sichert sich darüber hinaus eine Option auf den Kauf weiterer Anteile. Diese Stückelung des Kaufvorgangs in (mindestens) zwei Tranchen dient dem Käufer i.d.R. zur Absicherung von Risiken und zur Gewinnung vertiefender Informationen über das Zielunternehmen. In dem Beitrag wird untersucht, inwiefern die Optionsrechte als substantielle potenzielle Stimmrechte zu werten sind und damit ein Unternehmenszusammenschluss nach IFRS 3 vorliegt.

KOR0692746

S. 201

Finanzinstrumente

Der Portfolio Revaluation Approach im Macro Hedge Accounting

Philipp Freigang / Andreas Huthmann, beide Stuttgart

Mit dem DP/2014/1 schlägt das IASB die Einführung des Portfolio-Revaluation-Ansatzes vor, um Unternehmen im Rahmen des Macro Hedge Accounting eine bessere Abbildung ihres dynamischen Risikomanagements zu ermöglichen. Insgesamt 130 Kommentierungsschreiben hat das IASB auf das Diskussionspapier erhalten. In dem Beitrag wird ein Überblick über die wesentlichen Einschätzungen seitens der Kommentierenden gegeben.

KOR0690353

S. 210

HGB/Konzernabschluss

Verpflichtungsübernahme nach § 264 Abs. 3 Nr. 2 HGB-E zur Befreiung der Kapitalgesellschaften von bilanzrechtlichen Pflichten

Prof. Dr. Lars Renner / Prof. Dr. Carsten Theile, beide Bochum

Der Regierungsentwurf eines Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes vom 07.01.2015 sieht eine Änderung der Befreiungsvoraussetzungen für Tochter-Kapitalgesellschaften von der Bilanzierungspflicht vor. So soll zusätzlich zur bisherigen Verlustübernahmeverpflichtung seitens des Mutterunternehmens zukünftig eine Einstandspflicht des Tochterunternehmens für Verpflichtungen des Tochterunternehmens eingeführt werden. In dem Beitrag werden sich daraus für die Praxis ergebenden Konsequenzen diskutiert und Hinweise zur Gestaltung dieser Verpflichtungserklärung gegeben.

KOR0691722

S. 213

FALLSTUDIE

Konzernabschluss

Konzernrechnungslegung nach EU-IFRS 2015 (Teil 2)

Prof. Dr. Peter Lorson / Bianca Dogge, B.Sc. / Dr. Ellen Haustein / Richard Paschke, B.Sc. / Jörg Poller, M.A., alle Rostock

In Teil 1 der Fallstudienreihe in Heft 03/2015 wurden die Konzernabschlusspflicht nach EU-IFRS 2015 begründet sowie Vorarbeiten zur HB II der Schiffbau AG geleistet. An diese Klärung von Ansatz- und Ausweisfragen knüpft der 2. Teil an. Nunmehr gilt es die endgültige HB II zu erstellen. Hierzu ist Bewertungsunterschieden zwischen HGB und IFRS nachzugehen.

KOR0693099

S. 219

REPORTS

International

S. 228

National

S. 230

SERVICE

Zeitschriftenspiegel

M3

Neue Bücher/Impressum

M4



GESETZGEBUNG	III
IMPRESSUM	IV
INFO AKTUELL – WIRTSCHAFTSRECHT	213
INFO AKTUELL – ARBEITS-, SOZIAL- UND STEUERRECHT	214

WIRTSCHAFTSRECHT

Natascha Brandstätter: Verjährung beim Werklohn – ein besonderes Risiko für den Werkunternehmer?	215
Clemens Grünzweig: Zur vertretbaren Rechtsauffassung im Lauterkeitsrecht	218
Béatrice Blümel/Lukas Herndl: Der Irrtum des Bürgen über die Vermögensverhältnisse des Hauptschuldners	220

JUDIKATUR

» SCHULDRECHT	
Kausalität des Verkaufsprospekts für die Anlageentscheidung	224
» KONSUMENTENSCHUTZ	
Verbandsklage: Unzulässige AGB eines Kreditunternehmens	224
» UNTERNEHMENSRECHT	
Makler: Provisionsanspruch bei zweckgleichwertigem Geschäft	226
Verletzung der Offenlegungspflicht – Exekutionstitel nach UWG	226
» PRIVATSTIFTUNGSRECHT	
Stiftungszusatzurkunde – Feststellungsklage eines Begünstigten	227
Privatstiftung: Änderung eines Änderungsvorbehalts	228
Privatstiftung: Abberufung von Vorstandsmitgliedern	229
Stiftung: Abberufung von Vorstandsmitgliedern – gerichtliche Zuständigkeit	229
» WETTBEWERBSRECHT	
Irreführung: Werbung mit „unlimitiertem Surfen“	230
» IMMATERIALGÜTERRECHT	
Auch Wesenheit Theobald kann anonym bleiben	231
EuGH: Privatkopievergütung für Mobiltelefone?	232
» VERSICHERUNGSRECHT	
Haushaltsversicherung: Hochgebirgstour als Sport – Deckungspflicht	234
Rechtsschutzversicherung: Risikoausschluss für Spekulationsgeschäfte	234

» EXEKUTIONSRECHT		
Exekution auf nicht näher bezeichnete Bankguthaben		235
» VERFAHRENSRECHT		
Bankgeheimnis – Ausschluss der Öffentlichkeit		235
Internationale Gerichtsstandsvereinbarung in AGB		237
» MEDIENRECHT		
Ehrverletzendes Posting auf Internetmedienplattform – Redaktionsgeheimnis?		237
» DATENSCHUTZRECHT		
Datenschutz: Auskunftsrecht bei Videoüberwachung		238

ARBEITSRECHT

Franz Schrank: Inhaltliche Reichweite des neuen „Lohndumping-“ bzw Unterzahlungsverbots		239
Georg Königsberger: Überzahlungen in Bezug auf Lohn- und Sozialdumping		244

JUDIKATUR

» ALLGEMEINES ARBEITSRECHT		
Unterentlohnung von 4,33 %: Keine Strafe wegen Lohndumpings		248
Unterentlohnung über mehrere Monate von mind 6,6 %: Strafe berechtigt		249
Beginn der Verjährungsfrist bei Unterentlohnung bis Ende 2014		249
Bedrohung durch Ehemann der AN – Entlassung		249
Betrieb von Lounges am Flughafen – Betriebsübergang		250
» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT		
Bezug von Heilmitteln nach Ablauf des Rezepts – keine Kostenerstattung		250
Berufsschutz: Versicherungsmonat – tatsächliche Anzahl von Tagen maßgeblich		250
Berufsunfähigkeitspension für auch handwerklich mitarbeitenden Geschäftsführer?		250

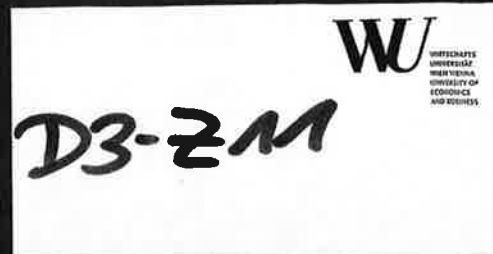
STEUERRECHT

VwGH zu Bürgschaftszahlung als Betriebsausgabe		251
VwGH zu Einkünften Liechtensteinischer Stiftungen		252
VwGH zur Einbringung nach Art III UmgrStG ohne Stichtagsbilanz		254
Alexander Hofmann: Grundstücke und Vorsorgemethoden nach dem 2. AbgÄG 2014		255
Karl Stückler: Behandlung latenter Steuern nach dem RÄG 2014		258
VwGH: Kein Progressionsvorbehalt bei durch DBA befreiten ausländischen Kapitalerträgen		265
Daniela Hohenwarter-Mayr: EuGH: Weitere Liberalisierung nationaler Gruppenbesteuerungssysteme – Teil 2: Auswirkungen auf die österreichische Gruppenbesteuerung		266
Michaela Petritz-Klar/Michael Petritz: VwGH zur Gebührenpflicht von Vertragsübernahmen		276

JUDIKATUR

279

Betriebs Berater



16 | 2015

Recht | Wirtschaft | Steuern

13.4.2015 | 70. Jg.
Seiten 897–960

DIE ERSTE SEITE

Dr. Barbara Mayer, RAin

Über Männer-Stammtische und Kaffeekränzchen – Frauenquoten in Aufsichtsräten



WIRTSCHAFTSRECHT

Prof. Dr. Christoph Teichmann und Carolin Rüb

Die gesetzliche Geschlechterquote in der Privatwirtschaft | 898

STEUERRECHT

Dr. Daniel Graewe, LL.M., RA, und Harald Bott, MR

BB-Rechtsprechungsreport zum Stiftungsrecht 2013/2014 | 919

Dr. Stefanie Becker, StBin

EuGH gibt Vertragsverletzungsklagen der Kommission gegen Frankreich und Luxemburg zur Anwendung des ermäßigten Steuersatzes auf E-Books statt | 927

Dr. Oliver Middendorf, WP/StB, und Mike Rickermann, StB

Sinngemäße Anwendung des § 15a EStG bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften | 929

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Jürgen Dahlke, WP/StB

Auswirkungen regulatorischer Entwicklungen auf das Tax Accounting | 939

ARBEITSRECHT

Prof. Dr. Stefan Greiner und Hagen Strippelmann

Mindestlohn für Nichtarbeit? | 949

Anne Lachmund, LL.M., RAin

Betriebsrentenanpassung – BAG eröffnet neue Spielräume für sog. Rentnergesellschaften | 953

BB-Rechtsprechungsreport
zum Stiftungsrecht
2013/2014

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Zur Auskunftspflicht des Geschäftsführers bei gegen eine GmbH gestellten Insolvenzantrag (5.3.2015 – IX ZB 62/14)
BGH: Verleihung der Fachanwaltsbezeichnung auf dem Gebiet des Urheber- und Medienrechts (9.2.2015 – AnwZ (Brfg) 54/13)
BGH: Formgerechte Berufungsbegründung (3.3.2015 – VI ZB 6/14)

Verwaltung

BKartA: Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch EDEKA untersagt

Aufsatz

Prof. Dr. Christoph Teichmann und Carolin Rüb
Die gesetzliche Geschlechterquote in der Privatwirtschaft

Am 11.12.2014 hat das Bundeskabinett den Entwurf für ein Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst beschlossen und damit zumindest den zähen Streit der Regierungskoalition beendet. Der Beitrag behandelt nach einer kurzen rechtspolitischen Einordnung zunächst die von der zwingenden gesetzlichen Quote erfasste Gruppe der börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen. Sodann wird das Modell der selbstgesetzten Zielgrößen behandelt, das auch für Gesellschaften gilt, die nur börsennotiert oder nur mitbestimmt sind. Besondere Aufmerksamkeit verdienen zum Abschluss die Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) und die aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaften.

Entscheidungen

LAG Düsseldorf: Keine Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Kartellbuße des Unternehmens – „Schienenkartell“ (20.1.2015 – 16 Sa 459/14 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Gregor Bachmann, LL.M.**)

OLG Stuttgart: Vorgaben für die Herabsetzung der Vorstandsvergütung wegen Verschlechterung der Lage der AG (1.10.2014 – 20 U 3/13 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Sebastian Pläster, RA**)

897

898

907

912

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Innergemeinschaftliches Reihengeschäft (25.2.2015 – XI R 15/14)
BFH: Volle „Schachtelprivilegierung“ im GewSt-Organkreis (17.12.2014 – I R 39/14)
BFH: Aufnahme neuer Gesellschafter in eine Personengesellschaft gegen Zuzahlung an Altgesellschafter (17.9.2014 – IV R 33/11)
BFH: Keine Korrektur eines rechtskräftigen Urteils durch Billigkeitserlass (21.1.2015 – X R 40/12)
BFH: Spende an eine sog. Vorstiftung keine Sonderausgabe (11.2.2015 – X R 36/11)

Aufsätze

Dr. Daniel Graewe, LL.M., RA, und Dipl.-Finw. Harald Bott, MR
BB-Rechtsprechungsreport zum Stiftungsrecht 2013/2014

In den letzten zwei Jahren haben die Gerichte einige für den Bereich des Stiftungs- und damit verbundenen Steuerrechts wichtige Urteile gefällt. Der Beitrag bietet einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen und stellt die aus der Sicht der Autoren maßgeblichen Entscheidungen aus dem Zivil-, öffentlichen und Steuerrecht kurz vor.

Dipl.-Finw. (FH), Dipl.-Wirtschaftsjuristin
Dr. Stefanie Becker, StBin

EuGH gibt Vertragsverletzungsklagen der Kommission gegen Frankreich und Luxemburg zur Anwendung des ermäßigten Steuersatzes auf E-Books statt

E-Books sind elektronische Bücher in digitaler Form, die erst mit Hilfe von spezieller Darstellungssoftware auf PCs, Tablets, Notebooks oder Smartphones lesbar gemacht werden können. Sie können entweder auf physischen Datenträgern vertrieben werden oder per Download oder Streaming von einer Website zur Verfügung gestellt werden. Frankreich und Luxemburg wenden jeweils Steuerermäßigungen für diese Umsätze unabhängig von ihrer Zurverfügungstellung an. Die Kommission sah hierin eine Verletzung der MwStSystRL und leitete Vertragsverletzungsverfahren beim EuGH ein. Der Beitrag fasst die Entscheidungen zusammen und würdigt sie im Anschluss kritisch.

Dr. Oliver Middendorf, WP/StB, und Mike Rickermann, StB
Sinngemäße Anwendung des § 15a EStG bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften

In seiner Entscheidung vom 2.9.2014, IX R 52/13 hatte der BFH sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie die Verrechnung von nicht ausgeglichenen oder abgezogenen Verlusten nach § 15a Abs. 2 EStG bei einer vermögensverwaltenden Kommanditgesellschaft zu erfolgen hat. Im Mittelpunkt der Betrachtung stand die Frage der sinngemäßen Anwendung von § 15a EStG gem. § 21 Abs. 1 S. 2 EStG. Der Beitrag greift diese Thematik auf und stellt Gestaltungsmöglichkeiten für Steuerpflichtige dar.

Entscheidungen

BMF: Steuerliche Behandlung der Rabatte, die Arbeitnehmern von dritter Seite eingeräumt werden (20.1.2015 – IV C 5 – S 2360/12/10002 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Kfm. **Lukas Hilbert**)
BFH: Besteuerungsgegenstand des § 1 Abs. 2a GrEStG (2.9.2014 – IX R 50/13 – dazu BB-Kommentar von **Christian Schuster, RA**)

917

919

927

929

932

934

Praxiswissen



Corporate Governance Kodex

ca. Februar 2015, Wirtschaftsrecht, Frankfurter Kommentar, ca. 500 Seiten, Geb., ISBN: 978-3-8005-1579-0, ca. € 198,-

Neuerscheinung!



Fachmedien Recht und Wirtschaft



069/7595-2722 | buchverlag@ruw.de | www.ruw.de



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

EFRAG: Stellungnahme bezüglich ED/2014/5

EFRAG: Rückmeldungen zum Stellungnahmeentwurf bezüglich Preisregulierungen

BR: Befürchtung von Mehrkosten bei der EU-Bilanzrichtlinie

Wirtschaftsprüfung

WPK: Positionen zur Ausgestaltung der präventiven Aufsichtsverfahren (Sonderuntersuchungen und Qualitätskontrolle)

WPK: Positionen zu weiteren EU-veranlassten Änderungen in der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung WP/vBP

WPK: Positionen zu nicht-EU-veranlassten Änderungen in der Wirtschaftsprüferordnung

WPK: 8. WPO-Novelle – „Prüferpool“ für das Qualitätskontrollverfahren?

Betriebswirtschaft

CMS Hasche Sigle: Verkäufer bauen ihre Verhandlungsposition im europäischen Transaktionsmarkt aus

Aufsatz

Dipl.-Volksw. **Jürgen Dahlke**, WP/StB

Auswirkungen regulatorischer Entwicklungen auf das Tax Accounting

Die EU hat ein von allen Mitgliedstaaten zu befolgendes aufsichtsrechtliches Regelwerk zu den Kapitalanforderungen der Kreditinstitute geschaffen. Ziel der Reformen ist, die Anfälligkeit des Bankensektors gegenüber Schocks aus Wirtschafts- und Finanzkrisen zu verringern. Häufig sind in Unternehmenskrisen latente Steueransprüche ein bedeutender und problematischer Posten in der Bilanz. Im Aufsichtsrecht wird folglich eine differenzierte (bilanz-)analytische Auffassung vertreten, wenn es um die Frage geht, inwiefern latente Steueransprüche den Anforderungen eines Kapitalpuffers in Krisenzeiten genügen. Sie könnte auch Ausgangspunkt für die Bilanzanalyse bei Unternehmen in der Krise außerhalb des Finanzsektors sein. Wichtig ist es zu verstehen, wie aufsichtsrechtliche, bilanzielle und steuerliche Regeln zusammenwirken und die Bilanzierung latenter Steueransprüche, den Eigenkapitalbedarf und die Konzernsteuerquote beeinflussen. In diesem Zusammenhang bedeutsam sind mögliche Auswirkungen der BEPS-Initiative gegen steuerliche Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen.

Entscheidung

FG Münster: Ermittlung des verrechenbaren Verlusts nach § 15a Abs. 4 EStG im Falle eines Hinzurechnungsbetrags nach § 7g Abs. 2 EStG

(15.4.2014 – 1 K 3247/11 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Günter Winkels, RA/StB/FAStR)

937

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

LAG Nürnberg: Massenentlassungsanzeige, Konsultationsverfahren und Nachteilsausgleich (10.12.2014 – 2 Sa 379/14)

BAG: Außerordentliche Kündigung – subjektive Determination (23.10.2014 – 2 AZR 736/14)

BAG: Sozialplan – Ungleichbehandlung wegen des Alters (9.12.2014 – 1 AZR 102/13)

BAG: Mehrere Betriebsübergänge – Adressat des Widerspruchs (16.10.2014 – 8 AZR 696/13)

BAG: Ablösung einer Versorgungsordnung – Drei-Stufen-Prüfungsschema (9.12.2014 – 3 AZR 323/13)

BAG: Anspruch des Wahlvorstands auf Erteilung von Auskünften zur Erstellung einer Wählerliste für eine Betriebsratswahl (15.10.2014 – 7 ABR 53/12)

947

Aufsätze

Prof. Dr. Stefan Greiner und Hagen Strippelmann

Mindestlohn für Nichtarbeit?

Der gesetzliche Mindestlohn ist zwar erst seit Anfang des Jahres 2015 in Kraft. Dennoch wurden bereits nach kurzer Zeit handwerkliche Schwächen bei der Schaffung des MiLoG offenbar. Ein in der Öffentlichkeit zwar bislang weniger beachtetes, aber höchst praxisrelevantes Problem ist die Ungewissheit über die mindest-lohnrechtliche Behandlung von Zeiten der Nichtarbeit, etwa an gesetzlichen Feiertagen, bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers, im Erholungsurlaub oder bei Annahmeverzug auf Arbeitgeberseite. Der Beitrag beleuchtet daher u. a. die Fragen, wie sich die gesetzliche Mindestlohnvorgabe in diesen Situationen auf den Entgeltfortzahlungsanspruch auswirkt, ob der Zahlbetrag der Entgeltfortzahlung nun zwingend die gesetzliche Mindestlohnvorgabe beachten muss, und ob die weiteren Bestimmungen des MiLoG Anwendung finden.

939

949

Anne Lachmund, LL.M., RAin

Betriebsrentenanpassung – BAG eröffnet neue Spielräume für sog. Rentnergesellschaften

Die Pflicht zur Anpassungsprüfung trifft prinzipiell auch sog. Rentnergesellschaften. Rentnergesellschaften sind ein in der Praxis beliebtes Instrument der Bilanzverkürzung, im Zuge dessen die gegenüber ehemaligen Mitarbeitern bestehenden Pensionsverbindlichkeiten auf eine ansonsten operativ nicht tätige Gesellschaft – meistens im Rahmen einer Ausgliederung nach dem Umwandlungsgesetz – „ausgelagert“ werden, um dadurch die Rückstellungen zu verringern und auf diese Weise das Rating des Unternehmens zu verbessern.

953

Entscheidung

LAG Baden-Württemberg: Verdeckte Arbeitnehmerüberlassung bei Scheinwerkvertrag – Fallschirm

(18.12.2014 – 3 Sa 33/14 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Alexander Bissels, FAARbR)

955

Die Erste Seite

Dr. Barbara Mayer, RAin

Über Männer-Stammtische und Kaffeekränzchen – Frauenquoten in Aufsichtsräten

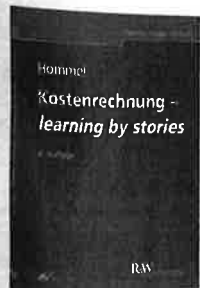
Jobs der Woche

Impressum/Vorschau

VII

VIII

Kostenrechnung – learning by stories



Jetzt bestellen!

4., aktualisierte Auflage 2015,
Betriebs-Berater Studium – BWL – learning by stories
263 Seiten mit 25 Abbildungen und 115 Tabellen,
Kt., ISBN: 978-3-8005-5036-4

€ 22,90

R&W
Fachmedien Recht und Wirtschaft

dfv Mediengruppe

069/7595-2722 | buchverlag@ruw.de | www.ruw.de

REPR

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS
DB-Z232

Herausgeber / Editeurs:

Michael Gwelessiani, Clemens Meisterhans, Nicholas Turin

Inhaltsübersicht

Samuel Krähenbühl	
Änderung des Firmenrechts – Kleine Ursache, grosse Wirkung	1
Jonatan Riegler	
Fiduziarische Vinkulierung nicht kotierter Namenaktien – Art der Vinkulierung und ihre handelsregisterrechtliche Behandlung	17
Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. November 2014 – Zulässigkeit des Namens «PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich» für einen Verein	30
EHRA	
Praxismitteilung 2/14	43
OFRC	
Communication 2/14	45
UFRC	
Comunicazione 2/14	47
EHRA	
Praxismitteilung 3/14	49
OFRC	
Communication 3/14	50
UFRC	
Comunicazione 3/14	51
EHRA	
Praxismitteilung 4/14	52
OFRC	
Communication 4/14	59
UFRC	
Comunicazione 4/14	66

Eidgenössisches Amt für das Handelsregister / Office fédéral du registre du commerce
Handelsregisteramt des Kantons Zürich / Registre du commerce du canton de Zurich
Handelsregisteramt des Kantons St. Gallen / Registre du commerce du canton de Saint-Gall

Beiträge · Aufsätze · Berichte

Dr. Gerd Schwendinger und Dr. Matthias Trennt
Aktuelle Entwicklung der EU-Sanktionen in der Ukraine-Krise 43

Dr. Kai Henning Felderhoff
Der Ursprung als Grundlage handelspolitischer Maßnahmen 49

Beitrag der Redaktion
Die Ordnungswidrigkeiten im Außenwirtschaftsrecht 53

Doris Forster
Kosten für Qualitätskontrollen – Stets ein Bestandteil des Zollwertes? 62

RechtsprechungsReport

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff
Urheberrecht im Internet 67

Klaus Vorpeil
OGH: Missbräuchliche Inanspruchnahme einer Bankgarantie 69

Klaus Vorpeil
BGH: Empfangsbestätigung des Frachtführers anstelle von Ladeschein oder CMR-Frachtbrief 71

Aus- und Weiterbildung

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff
Grundbegriffe von Lieferbedingungen (Teil 2) 72

Impressum 74

Nachrichten, Seminare, GesetzgebungsReport, Stellenmarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft >>>



ZUGANGSDATEN zum AW-Prax-Archiv:

Geben Sie unter **www.aw-portal > aw-prax > archiv > anmelden** Ihren Benutzernamen und Ihr Kennwort ein. Der Benutzernamen setzt sich immer zusammen aus „awpraxleser“ und Ihrer Auftragsnummer.
Beispiel: awpraxleser12345

Geben Sie unter Kennwort Ihre Auftragsnummer ein.
Beispiel: 12345

Ihre individualisierte Auftragsnummer finden Sie auf dem Adressaufkleber Ihrer AW-Prax oben links!

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen des Bundesanzeiger Verlags und der AVVA bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

AW-Prax Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung
 Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang; redaktion@aw-prax.de

Redaktion Außenhandelsrecht
 Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt
 redaktion@aw-prax.de

Redaktion Exportkontrollrecht
 Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt
 redaktion@aw-prax.de

Redaktion Zollrecht
 Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter)
 redaktion@aw-prax.de

Herausgeberbeirat

Dr. Herbert Becherer, Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer und Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen
 Prof. Dr. Dirk Ehlers, Universität Münster, Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)
 Volker Hahn, Ministerialdirigent a. D.
 RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt
 Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Berlin
 RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e.V. (BSL), Bonn
 RA Olaf Kreuzer, Freiburg, Außenwirtschaftsrunde e.V.
 RAin Claudia Kurz, Verband der chem. Industrie e.V., Frankfurt
 RA Michael Lux, Brüssel
 Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien
 Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a. D., München
 Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt u. Notar, Hamburg
 Dr. Alexander von Portatius, Ministerialrat a. D., ehemals Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
 Prof. Dr. Achim Rogmann LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel,
 Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D. ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn
 Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien
 Stefan Wengler, Dipl.-Volksw., Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Köln
 Johanna Werner, LL.M., Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin
 Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel
 Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf
 Marianne Bamberger, München
 Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster
 Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster
 Serge Gumy, Eidg. Oberzolldirektion, Bern
 Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster
 Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück
 Karl-Heinz Palmes, Regierungsoberamtsrat beim Statistischen Bundesamt – Gruppe Außenhandel, Wiesbaden
 Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz
 Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a. D., Freiburg i. Br.
 Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Gau-Bickelheim
 Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, B. Sc. (Glasgow), LL. M., (Com.), M.A., Hauptzollamt Bremen

Aktuelle Nachrichten

- TTIP: Erste Textentwürfe und Investitionsschutz 23
- Änderungen bei den bestehenden EU-Präferenzursprungsmaßnahmen 24
- Merkblatt zum Ermächtigten Ausführer überarbeitet 26
- Die handelspolitischen Schutzmaßnahmen des Jahres 2014 26
- Ausfuhrerstattungsnummern 2015 26
- Neue Autonome Gemeinschaftszollkontingente ab Januar 2015/zum Jahresende 2014 entfallende Zollkontingente 26
- Neue Zollaussetzungen ab 1. Januar 2015/zum Jahresende 2014 entfallende Zollaussetzungen 27
- WTO: Seychellen werden 2015 die 161. Vertragspartei 27
- Onkel Al-Assads zu Recht gelistet 28
- AEO in Brasilien 28
- Armenien tritt der Eurasischen Wirtschaftsunion bei 29
- EU-Recht: Neue Nummerierung der EU-Rechtsakte ab 2015 30
- WCO: 98 Vertragsstaaten für die Revidierte Kyoto-Konvention 31
- Urteil zum Iran-Embargo rechtskräftig 31
- BMF-Merkblatt zu Zollanmeldungen 2015 31
- BMWi-Verzeichnis Außenwirtschaftsrecht 2014 31
- CWÜ – Genehmigungs- und Meldepflichten 32
- Exportkontrolle – Fragebögen zur Erfassung von Werkzeugmaschinen 32
- Maßnahmen gegen das Al-Qaida-Netzwerk – VO (EG) Nr. 881/2002 33
- Neufassung der EG-Dual-use-Güter-Liste 33
- Postsendungen aus Drittländern – Faltblatt Januar 2015 34
- Verbote und Beschränkungen – Sprengstoffe 34
- Änderung der AO-DV Zoll – Anpassung an den Zollkodex der Union 35
- Neues von der ICC 37

GesetzgebungsReport

- EU-Recht 38
- Deutschland 43
- Österreich 43
- Schweiz 43

Veranstaltungskalender 44

Stellenmarkt 46

Aktuelle Nachrichten

Titelthema der AW-Prax 2/2015:

Aktuelle Entwicklung der EU-Sanktionen in der Ukraine-Krise



Beiträge | Contributions

Wie weiter im schweizerischen Wettbewerbsrecht?

Walter A. Stoffel

La Convention EDH et les sociétés commerciales

Jean-Paul Costa

The New EU Directive on Antitrust Damages Actions

Erdem Büyüksagis

Der kartellrechtliche Blick über die Grenze

Herbert Wohlmann

Rahmenvereinbarungen im öffentlichen Beschaffungsrecht

Beatrice Rohner | Salim Rizvi

Berichterstattung | Comptes-rendus

Recent developments in Swiss competition law

Christian Bovet | Adrien Alberini

Europareport

Thomas Lübbig | Miriam le Bell

Grundlagenirrtum bei Mängeln am Mietobjekt

BGer 4A_125/2014

Yves Mauchle | Hans Caspar von der Crone

Cash Pool – Verdeckte Gewinnausschüttung und verdecktes

Konzernrecht BGer 4A_138/2014

Jean Nicolas Druey

Literatur | Bibliographie

Claudia Seitz

**SZW /
RSDA**

Herausgeber:

H. C. von der Crone (Vorsitz) | M. Amstutz | U. Bertschinger
J.-L. Chenaux | S. Emmenegger | C. Huguenin | H. Peter
R. Sethe | W. A. Stoffel | L. Thévenoz | R. H. Weber

Schriftleiterin:

Charlotte M. Baer

Inhalt | Table des matières



Editorial Éditorial Walter A. Stoffel	1
Beiträge Contributions	
Wie weiter im schweizerischen Wettbewerbsrecht? Walter A. Stoffel	2
La Convention européenne des droits de l'homme (Convention EDH) et les sociétés commerciales Jean-Paul Costa	12
Standing and Passing-on in the New EU Directive on Antitrust Damages Actions Erdem Büyüksagis	18
Der kartellrechtliche Blick über die Grenze Herbert Wohlmann	31
Rahmenvereinbarungen im öffentlichen Beschaffungsrecht Beatrice Rohner Salim Rizvi	36
Berichterstattung Comptes-rendus	
Recent developments in Swiss competition law Christian Bovet Adrien Alberini	42
Europareport Thomas Lübbig Miriam le Bell	50
Grundlagenirrtum bei Mängeln am Mietobjekt Bundesgerichtsurteil 4A_125/2014 vom 2. Juni 2014 Mit Bemerkungen von Yves Mauchle Hans Caspar von der Crone	56
Cash Pool – Verdeckte Gewinnausschüttung und verdecktes Konzernrecht Bundesgerichtsurteil 4A_138/2014 vom 16. Oktober 2014 Mit Bemerkungen von Jean Nicolas Druey	64
Literatur Bibliographie Claudia Seitz	72
Autorenverzeichnis Liste des auteurs	75



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Priv.-Doz. Dr. Sebastian Mock, LL.M. (NYU), Attorney-at-Law (New York), Hamburg
Der grenzüberschreitende (fehlerhafte) Abschluss von Kreditderivaten
– zugleich Besprechung von High Court of Justice Queen's Bench Division vom 4.11.2014 – 749
- Rechtsanwalt Dr. Dimitrios Linardatos, Düsseldorf
Die Basiskonto-Richtlinie – Ein Überblick 755

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- Bundesgerichtshof 3.2.2015 II ZR 105/13* Keine gesetzliche Verpflichtung, in einer Publikumsgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG den Prüfungsbericht den Kommanditisten mit der Einladung zu der Gesellschafterversammlung zu übersenden 763
- Bundesgerichtshof 24.2.2015 XI ZR 193/14 Kein Leistungsverweigerungsrecht eines Staates gegenüber Ansprüchen auf Erfüllung privatrechtlicher Zahlungsansprüche aus von ihm begebenen Schuldverschreibungen 766
- Bundesgerichtshof 4.3.2015 XII ZR 61/13* Zum Anspruch des Ehegatten, der dem anderen die Aufnahme von Bankkrediten durch Einräumung von dinglichen Sicherheiten ermöglicht hat, nach Scheitern der Ehe von solchen Verbindlichkeiten befreit zu werden 772
- Hans. OLG Hamburg 20.2.2015 13 U 98/14 Zur Zahlungspflicht einer Bank, die eine Garantie auf erstes Anfordern übernommen und die Garantiekunde vom Begünstigten zurückerhalten hat 775
- AG Frankfurt a. M. 17.10.2014 32 C 1696/14 (18)* Zur Frage der Verpflichtung einer depotführenden Bank, ihr in marktüblicher Weise zur Verfügung gestellte Mitteilungen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen 777

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

- Bundesgerichtshof 27.1.2015 II ZB 21/13 Zur Sorgfaltspflicht des Rechtsanwalts in Fristensachen, wenn der ausschließlich elektronisch geführte Fristenkalendar vorübergehend nicht störungsfrei arbeitet 779
- Bundesgerichtshof 27.1.2015 II ZB 23/13 Zur Sorgfaltspflicht des Rechtsanwalts in Fristensachen, wenn der Zugriff auf einen ausschließlich elektronisch geführten Fristenkalendar wegen eines technischen Defekts einen ganzen Arbeitstag lang nicht möglich ist 780
- Bundesgerichtshof 26.2.2015 III ZB 55/14 Zur Ausräumung eines Organisationsverschuldens des Rechtsanwalts im Zusammenhang mit der Fristenkontrolle; keine gebotene Fristenkontrolle, wenn Fristenlöschung durch eine Bürokräft erfolgt, der weder die Akte noch eine direkte Einzelanweisung des sachbearbeitenden Rechtsanwalts vorliegt 782
- Bundesgerichtshof 13.1.2015 VI ZB 46/14 Zur Pflicht des Rechtsanwalts, selbständig und eigenverantwortlich zu prüfen, ob ein Fristende richtig ermittelt und eingetragen wurde, wenn ihm die Sache im Zusammenhang mit einer fristgebundenen Prozesshandlung, insbesondere zu deren Bearbeitung oder nach vorangegangener Fertigung eines Entwurfs der Berufungsschrift, zum Zwecke der Unterschrift vorgelegt wird 785

Bundesgerichtshof	13.11.2014	IX ZR 267/13	Zur Frage, ob die Bestimmung im Mietvertrag über eine Rechtsanwaltskanzlei, nach der sich die Höhe der Miete nach dem erzielten Umsatz richtet, wegen Gebührenunterschreitung nichtig sein kann, wenn der Mieter den Vermieter anwaltlich vertritt	786
Bundesgerichtshof	18.12.2014	IX ZB 65/13	Kein Ausschluss des im Vorprozess mit der Sache befassten Richters kraft Gesetzes oder wegen Besorgnis der Befangenheit im nachfolgenden Anwaltschaftsprozess	788
Bundesgerichtshof	5.2.2015	IX ZR 167/13*	Berücksichtigung von Nachteilen eines Angehörigen oder eines sonstigen Dritten bei der Feststellung des dem Mandanten infolge einer fehlerhaften steuerlichen Beratung entstandenen Schadens nur dann, wenn die Interessen des Dritten in die Beratung einbezogen werden sollten	790
Wettbewerbsrecht				
Bundesverfassungsgericht	5.3.2015	1 BvR 3362/14	Zur Unzulässigkeit anwaltlicher „Schockwerbung“	792
Bundesgerichtshof	24.7.2014	I ZR 53/13*	Zu den Voraussetzungen der Befugnis eines Rechtsanwalts, sich als Spezialist auf einem Rechtsgebiet zu bezeichnen, für das eine Fachanwaltschaft besteht	794



13. Internationaler Retail-Bankentag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

Zukunft des Retail-Marktes – Perspektiven regional tätiger Banken – Bankenaufsicht

1./2. Juli 2015 – Maritim Hotel Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553; www.retailbankentag.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kientle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; **Lektorat:** Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de; **Sekretariat:** Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; **Vertrieb/Nachbestellungen:** (0 69) 27 32-142; **Telefax** (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 92,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,08) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Dr. Gerd Müller, Richter am BGH a.D., Plettenberg

Kein Einwendungsdurchgriff bei zinsloser und gebührenfreier Finanzierung?
– Zugleich Besprechung von BGH, Urteil vom 30.9.2014 = WM 2014, 2091 –

Akad. Rat a. Z. Dr. Timo Fest, LL.M. (Pennsylvania), München

Cartel Damage Claims - Zur Forderungseinziehung durch Inkassogesellschaften



697

705

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- | | | | | |
|-------------------------------|------------|------------------------------|---|-----|
| Bundesverwaltungs-
gericht | 27.11.2014 | 7 C 18.12* | Zum Informationsfreiheitsrecht und dem Recht der Weiter-
verwendung von Informationen öffentlicher Stellen – hier:
Zugang zu Unterlagen der BaFin während eines laufenden
strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens | 713 |
| OLG Düsseldorf | 27.11.2014 | I-6 U 135/14,
6 U 135/14* | Zu den Folgen des Widerrufs eines Versicherungsvertrags
bei Finanzierung dieses Versicherungsvertrags mittels ver-
bundenem Kreditvertrag im Hinblick auf den Kreditvertrag | 718 |
| OLG Frankfurt a. M. | 4.12.2014 | 1 U 170/13* | Zur Frage der Zulässigkeit einer Klausel in AGB gegenüber
Privatkunden im Hinblick auf Kosten für geduldete Über-
ziehungen | 721 |

Gesellschaftsrecht

- | | | | | |
|-------------------|-----------|--------------|---|-----|
| Bundesgerichtshof | 24.2.2015 | II ZB 17/14* | Zur Befugnis des Registergerichts, bei der GmbH die Auf-
nahme einer mit einem Testamentsvollstreckervermerk
versehene Gesellschafterliste abzulehnen | 725 |
|-------------------|-----------|--------------|---|-----|

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- | | | | | |
|-------------------|----------|---------------|--|-----|
| Bundesgerichtshof | 5.3.2015 | IX ZB 27/14 | Zur Entlassung des im Verbraucherinsolvenzverfahren be-
stellten Treuhänders in einem nicht wirksam gewordenen
Regelinsolvenzverfahren | 728 |
| Bundesgerichtshof | 5.3.2014 | IX ZB 62/14 | Zum Umfang der Auskunftspflicht des Geschäftsführers,
wenn gegen eine GmbH ein Insolvenzantrag gestellt wird | 729 |
| Bundesgerichtshof | 5.3.2015 | IX ZB 77/14 | Zur Frage, wann bei einer juristischen Person, über deren
Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, die
Unterlassung der Rechtsverfolgung allgemeinen Interes-
sen zuwiderlaufen würde | 731 |
| Bundesgerichtshof | 5.3.2015 | IX ZR 164/14* | Minderung des Bereicherungsanspruchs gegen die Masse
infolge einer irrtümlichen Überweisung auf ein Konto des
Schuldners nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Hö-
he der durch die Zahlung zum Nachteil der Masse verur-
sachten Kosten | 733 |

Sonstiges

- | | | | | |
|-------------------|------------|--------------|---|-----|
| Bundesgerichtshof | 12.11.2014 | IV ZR 161/14 | Zu den Voraussetzungen grenzüberschreitender Prozess-
kostenhilfe innerhalb der Europäischen Union | 737 |
| Bundesgerichtshof | 10.12.2014 | IV ZR 281/14 | Mitarbeiter einer Partei nicht möglicher Sachverständiger
im Rahmen des Sachverständigenverfahrens nach A.2.18
AKB | 738 |
| Bundesgerichtshof | 9.10.2014 | V ZB 225/12 | Zur Verwerfung einer ausschließlich auf neues Vorbringen
gestützten Berufung, wenn die Berufungsbegründung kei-
ne Angaben zu den Tatsachen enthält, die eine Zulassung
des neuen Vorbringens nach § 531 Abs. 2 ZPO rechtferti-
gen | 739 |

Bundesgerichtshof	7.11.2014	V ZR 250/13	Zur Aktivlegitimation für den Ausgleichsanspruch gemäß § 9 Abs. 3 GBBerG	741
Bundesgerichtshof	10.2.2015	VI ZR 343/13*	Zur sekundären Darlegungslast des Schädigers hinsichtlich der Verletzung einer Vermögensbetreuungspflicht i.S.d. § 266 Abs. 1 StGB	743
Bundesgerichtshof	13.11.2014	VII ZB 16/13	Zur Frage, welche Ansprüche der auf Grund des Urteils vollstreckbare Betrag umfasst	744
Bundesgerichtshof	18.11.2014	EnVR 59/13	Zur Anwendung des § 240 ZPO im energiewirtschaftsrechtlichen Verfahren	746

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik aktuell	1. Regierungsentwurf für ein Bürokratienteilungsgesetz; 2. Regierungsentwurf für eine Aktienrechtsnovelle 2014; Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung	747
--------------------------------	---	-----

Bücherschau

Thomas Wachter (Hrsg.)	Aktiengesetz, 2. Aufl. Rezensent: Rechtsanwalt Dr. Hans-Christoph Ihrig, Mannheim	747
------------------------	--	-----



13. Internationaler Retail-Bankentag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

Zukunft des Retail-Marktes – Perspektiven regional tätiger Banken – Bankenaufsicht

1./2. Juli 2015 – Maritim Hotel Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553; www.retailbankentag.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 92,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,08) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

Gläubigerrechte im control-Konzept nach IFRS 10	357
Was ändert sich bei der Abschlussprüfung durch das VermAnlG?	367
Neue Corporate-Governance-Anforderungen bei Kreditinstituten	375
Die empirische Revolution in der akademischen Forschung	383



EDITORIAL

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Backhaus und Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch Perspektiven des Berufsstandes der Wirtschaftsprüfer 2025 – Projektergebnisse	I
---	---

KOMPAKT

Aktuelles Stichwort Abschlussprüfungsreformgesetz – AReG	353
Prüfung Neue IDW Prüfungshinweise zum EEG 2014 und zur StromNEV	353
Rechnungslegung Umgang mit behinderten Menschen in der Nachhaltigkeitsberichterstattung	355
Wirtschaftsrecht Anpassung des nationalen Bankenabwicklungsrechts an EU-Recht	355
Änderung der Derivateverordnung	356
Zur Art der Offenlegung von Insidergeschäften	356
Veranstaltungen	356

BEITRÄGE

Dr. Hanne Böckem, Andreas Bödecker, Dr. Jens Freiberg, Dr. Hendrik Nardmann und Arne Weber Gläubigerrechte im control-Konzept nach IFRS 10	357
Martina Heinsen Was ändert sich bei der Abschlussprüfung durch das VermAnlG? – Einzelfragen zur Prüfungsdurchführung und Berichterstattung des Abschlussprüfers nach § 25 VermAnlG	367
Prof. Dr. Carl-Friedrich Leuschner und Wilhelm Wolfgarten Corporate Governance – Neue Anforderungen an Verwaltungs- und Aufsichtsräte von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	375
Prof. Dr. Jürgen Ernstberger und Prof. Dr. Jörg R. Werner Die empirische Revolution in der akademischen Forschung – Folgen für das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis in der Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung	383

STEUERN & RECHT

Einkommensteuer Ausschluss des Abgeltungssteuersatzes bei Kapitalerträgen aus Darlehen zwischen Ehegatten bei finanzieller Beherrschung	394
Umwandlungssteuergesetz Aufnahme neuer Gesellschafter in eine Personengesellschaft gegen Zuzahlung an Altgesellschafter	395
Grunderwerbsteuer Anteilsvereinigung bei Erwerb eines eigenen Anteils durch eine GmbH ...	398
Gemeinschaftsrecht Potenzielle Wirkung von Insider-Informationen auf die Kurse von Finanzinstrumenten in einer bestimmten Richtung	400

BIBLIOTHEK

Neue Bücher	IV
Rezensionen	IV
Zeitschriftenspiegel	VII
Ausländische Fachzeitschriften	X
Impressum	XII

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 11/2015



Inhalt

Aufsätze

- M. Schockenhoff*, Geheimhaltung von Compliance-Verstößen – Gesellschaftsrecht – Kapitalmarktrecht – Rechnungslegung 409
- M. Bernhardt/M. Bredol*, Rechtsfragen zu Organstellung und Anstellungsvertrag von Geschäftsführern einer paritätisch mitbestimmten GmbH 419
- R. Lutz*, Prozessvertretung der GmbH gegenüber dem Geschäftsführer und actio pro socio bei einstweiligen Verfügungen 424

Rechtsprechung

Kapitalgesellschaftsrecht

- BGH 2. 12. 14 – II ZR 322/13 **Wirksamkeit der Einziehung von GmbH-Geschäftsanteilen ohne Stammkapitaländerung** 429

Kapitalmarktrecht

- EuGH 11. 3. 15 – C-628/13 **Offenlegung auch von Insiderinformationen mit nicht genau bekanntem Kurseinfluss – Lafonta** 432
- BGH 20. 1. 15 – II ZB 11/14 **Gegenstandserweiterung bei KapMuG-Verfahren** 434

Umwandlungsrecht

- EuGH 5. 3. 15 – C-343/13 **Haftung für Ordnungswidrigkeiten der übertragenden Gesellschaft bei Verschmelzung** 436
- BGH 27. 1. 15 – II ZB 7/14 **Erledigung eines Statusverfahrens mit Verschmelzung** 438

Insolvenzrecht

- BGH 29. 1. 15 – IX ZR 279/13 **Kein Anspruch des Insolvenzverwalters auf unentgeltliche Nutzung vom Gesellschafter überlassener Betriebsmittel** 440



Aufsätze

CLASSEN
Der Islam und das deutsche Rundfunkrecht 101

HARTMANN
Der Nachtragsanspruch – Störerhaftung der Presse infolge zulässiger Verdachtsberichterstattung 106

LAUE
Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Meinungsfreiheit des Art. 10 EMRK 110

POLYÁK
Kritische Punkte der ungarischen Medienregulierung 118

Kurzbeiträge

HAIN
Regionalisierte Werbung durch einen bundesweiten Fernsehsender 124

MANN
„Natürlich künstlich“? – Zugleich Besprechung der Entscheidung OLG München v. 9.9.2014 – 18 U 516/14 126

EGMR-Rechtsprechung 128

Blick nach Brüssel 129

Medienkartellrecht 132

Nachrichten

Unterschiedliche Ansätze zur Netzneutralität in USA und EU..... 135

Experten des Google-Löschbeirats uneinig 135

Verleger protestieren gegen rückwirkende Änderung der Umsatzbesteuerung 136

Bundestag hört Sachverständige zum Leistungsschutzrecht für Verleger an 136

VPRT legt Beschwerde gegen Rechercheverbund der Öffentlich-Rechtlichen und der SZ ein 136

Kritik wegen mangelnder Staatsferne des ZDF-Staatsvertrages ... 136

Presserat stellt neue Online-Richtlinien vor 137

Jahrestagung zu Media Bias im Internet 137

Entscheidungen

EGMR, Erste Sektion, 16.1.2014 – Individualbeschwerde 13258/09
Zur Zulässigkeit der Veröffentlichung von Hochzeitsfotos bekannter Künstler 137

EuGH, 22.1.2015 – Rs. C-441/13
Zur internationalen Zuständigkeit bei Urheberrechtsverletzungen durch Internetveröffentlichungen 141

BGH, 24.7.2014 – I ZR 27/13
Zum Schadensersatz bei Verletzung des Urheberrechts des Herausgebers einer Zeitschrift 143

BGH, 24.9.2014 – I ZR 35/11
Zur Übertragung von Nutzungsrechten mit Auslandsberührung 145

OLG München, 18.9.2014 – 1 U 781/13
Zu Entschädigungsansprüchen wegen der rechtswidrigen Beschlagnahme eines Pressezeugnisses 151

OLG München, 27.11.2014 – 29 U 1004/14
Zur Verwendung von Auszügen aus Buchrezensionen in der Online-Buchwerbung 161

OLG Brandenburg, 22.12.2014 – 6 U 30/13
Zur Anwendung Gemeinsamer Vergütungsregeln außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs 165

OLG Zweibrücken, 29.1.2015 – 4 U 81/14
Zum Anspruch einer Gegendarstellung gegen eine in Fragestellung gemachte Äußerung auf der Titelseite 169

OLG Karlsruhe, 2.2.2015 – 6 U 130/14
Zur identifizierbaren Berichterstattung über ein Ermittlungsverfahren 173

LG Berlin, 3.6.2014 – 27 O 56/14
Zur fotografischen Wiedergabe einer Person auf einem für eine Kunstausstellung werbenden Plakat 177

LG München I, 23.7.2014 – 9 O 10522/14
Zur Qualifizierung des Begriffs „Freundin“ als gegendarstellungsfähige Tatsachenbehauptung 180

LG Hamburg, 19.9.2014 – 324 S 1/14
Zur örtlichen Zuständigkeit bei Klagen gegen Internetveröffentlichungen 183

BVerwG, 27.11.2014 – 7 C 19.12
Zum Anspruch auf Auskunft über den Sachleistungskonsum von Abgeordneten 184

BVerwG, 17.12.2014 – 6 C 32.13
Zur regionalen Differenzierung von Fernsehwerbung eines bundesweiten Rundfunkprogramms 187

Buchbesprechungen

HILLIG
Wandtke/Bullinger (Hrsg.): Praxiskommentar zum Urheberrechtsgesetz 190

Literatur 191

Impressum 193

Ihr AfP-Newsletter



Alles Wichtige aus dem Medien- und Kommunikationsrecht.
Einmal im Monat, kostenlos.

Einfach abonnieren unter www.afp-medienrecht.de



Herausgeber

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt
in Verbindung mit
Prof. Dr. Walter Bayer
Vors. RiBFH Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu
RegDir. Ralf Neumann
RA Prof. Dr. Jochem Reichert

Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.

Inhalt 106. Jahrgang Heft 8/2015

Herausgeber-Berat
Prof. Dr. Georg Czetzilius
Prof. Dr. Detlef Kleindiek
Notar Dr. Thomas Wachter
RA/StB Dr. Götz Tobias Wiese

Aufsätze und Beiträge

Dr. Rolf Leinekugel / Jukka Weigel

Datenschutzrechtliche Grenzen des gesellschaftsrechtlichen Informationsanspruchs nach § 51 a GmbHG

393

Dr. Sebastian Blasche

Musterprotokoll und Vertretungsmacht des bei der Gründung bestellten Geschäftsführers sowie etwaiger weiterer Geschäftsführer

403

Paul Forst / Markus Suchanek / Silke Martini

Risiken bei der Veräußerung von Organgesellschaften hinsichtlich der Fiktion der tatsächlichen Durchführung

408

Rechtsprechung Gesellschaftsrecht

Geschäftsanteil: Keine Nichtigkeit einer Einziehung trotz Auseinanderfallens der Summe der Nennbeträge der verbleibenden Anteile und dem Stammkapital (BGH v. 2.12.2014 – II ZR 322/13)

416

Der GmbHR-Kommentar

von Dr. Andreas Blunk / Dr. Sebastian Rabe

419

Insolvenz: Kein Anspruch des Insolvenzverwalters gegen Gesellschafter auf unentgeltliche Nutzung vermieteter Betriebsanlagen (BGH v. 29.1.2015 – IX ZR 279/13)

420

Der GmbHR-Kommentar

von Dr. Michael Bormann

430

Gesellschafterbeschluss: Unwirksamkeit der Ausschließung von Gesellschaftern ohne satzungsmäßige Grundlage (OLG Stuttgart v. 10.2.2014 – 14 U 40/13)

431

Rechtsprechung Steuerrecht

Verdeckte Gewinnausschüttung: Scheckzahlungen einer GmbH zur Erfüllung privater Geschäfte des Gesellschafter-Geschäftsführers und Verzicht auf Kaufpreisforderung zugunsten einer Schwestergesellschaft (BFH v. 2.12.2014 – VIII R 45/11)

435

Gewinnermittlung: Kein „Wahlrecht“ zur Überschussrechnung für Gesellschafter einer nach englischen Recht bilanzierenden Personengesellschaft (Partnership) (BFH v. 10.12.2014 – I R 3/13)

437

Der GmbHR-Kommentar

von Dr. Felix Podewils

438

Gesellschafter: Zurechnung des Ertrags aus einem Schuldertilgung im Zusammenhang mit einem Gesellschafterwechsel bei einer Personengesellschaft (BFH v. 22.1.2015 – IV R 38/10)

439

Umwandlung: Bindung einer übernehmenden KG bei Verschmelzung an die Werte der Schlussbilanz der übertragenden GmbH (BFH v. 21.10.2014 – I R 1/13)

442

Umwandlung: Festsetzung eines Körperschaftsteuererhöhungsbetrags bei bloßem Formwechsel (BFH v. 25.11.2014 – I R 78/12)

444

Verwaltungsanweisungen

Erbschaftsteuer: Vorläufige Festsetzung (§ 165 Abs. 1 AO) der Erbschaftsteuer (Schenkungsteuer) – gleichlautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder (FinMin. Nordrhein-Westfalen v. 12.3.2015 – S 0338 - 26 - V A 2)

448

Das große Handbuch des Konzernrechts.



Jetzt Probe lesen und bestellen bei
www.otto-schmidt.de/luh5

Inhalt**IM BLICKPUNKT***Dr. Peter Talaska / Dr. Christian Bertrand*Zur Rechtsklarheit und Rechtssicherheit im neuen
Selbstanzeigenrecht R 113**Unternehmensrecht**Nur treuhänderisch beteiligter Gesellschafter hat
Rechte wie bei einer direkter Beteiligung R 117Nichtigkeit der Anteilsübertragung wegen Kartellver-
stoßes lässt Gesellschafterstellung unberührt R 117Richtung der Kursentwicklung gleichgültig – zum
Begriff der Insiderinformation R 118**Steuer- & Bilanzrecht**Volle „Schachtelprivilegierung“ im gewerbesteuer-
rechtlichen Organkreis infolge sog. Bruttomethode R 118Anrechnung von Grunderwerbsteuer bei früherem
Grundstücks-Erwerb vom Gesellschafter R 120Grunderwerbsteuer bei Anteilsvereinigung infolge
Erwerbs eines eigenen Anteils R 121Persönliche Steuerhaftung von GmbH-Geschäftsfüh-
rern R 121**Arbeits- & Sozialrecht**Alkoholsucht: Entgeltfortzahlung auch bei Rückfall
nach einer Therapie? R 122Betriebsübergang: Bindung des Erwerbers an einzel-
vertragliche Bezugnahme auf Tarifvertrag R 123**Europa-Praxis**EU-Kommission zieht 73 Legislativvorhaben zurück –
Aus für Europäisches Stiftungsstatut R 124

Europäische Gerichte entscheiden schneller R 124

Informelles Treffen der Justiz- und Innenminister zur
Datenschutz-Grundverordnung R 124**Wirtschafts-Praxis**

Trends der Personalbeschaffung im Mittelstand R 125

Zeitschriftenspiegel R 127**Impressum** R 128

Dieser Ausgabe liegt folgender Prospekt bei: „Hölters: Handbuch Unternehmenskauf“, Verlag Dr. Otto Schmidt.
Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Gesellschaftsrechtler gehen online aufs Ganze.



Premiummodul Gesellschaftsrecht: uneingeschränkter Zugang zur kompletten Online-Bibliothek für Gesellschaftsrechtler aus dem Verlag Dr. Otto Schmidt. Komfortabel ver-

linkt mit der Rechtsprechungs- und Gesetzesdokumentation von juris. Überzeugen Sie sich selbst beim **4-Wochen-Gratis-Test**. Anrufen 02 21 937 38-999 oder an-

klicken www.otto-schmidt.de/online-gesellschaftsrecht

Juris[®] Das Rechtsportal



Beirat

RA Dr. Burkard Göpfert
RAin Dr. Simone Kämpfer
RA Dr. Christoph Knauer
RA Prof. Dr. Gerd Krieger
Prof. Dr. Hans Kudlich
RA Dr. Michael Racky (WisteV)
RA Dr. Rainer Spatscheck
RA Dr. Michael Tsambikakis
RAin Renate Verjans
(geschäftsführend)

■
RA Dr. Markus Adick
LOStA Folker Bittmann
RA Dr. Lars Böttcher
RAin Dr. Margarete
Gräfin von Galen
RA Prof. Dr. Ferdinand Gilmeister
Prof. Dr. Matthias Jahn
RA Dr. Thomas Keul
RA Christoph Lepper, LL.M.
RA Prof. Dr. Holger Matt
RA Dr. Bernd Rainer Mayer
RA Jes Meyer-Lohkamp
RAin Dr. Regina Michalke
RA Dr. Panos Pananis
RA Dr. Markus S. Rieder
RAin Dr. Heide Sandkuhl
RA Dr. Jörg Schauf
RAin Dr. Hellen Schilling
RA Dr. Bernd Wilhelm Schmitz
RA Dr. Oliver Sieg
RA PD Dr. Gerson Trüg
RA Dr. Florian Ufer
RA Nikolai Venn
RA Prof. Dr. Jochen Vetter
RA Dr. Marko Voß

Aufsätze

- Das neue Recht der Selbstanzeige – Die Rechtslage seit dem 1.1.2015 und die Auswirkungen für die Praxis
RA FAStR Dr. Peter Talaska / RA Dr. Christian Bertrand 89
- Compliance, Betriebsführungsschuld und Organisationsverschulden
StA Tobias Oliver Kulhanek 94

Rechtsprechung

- **Wirtschaftsstrafrecht**
- Aufklärungspflicht und Opfervernehmung zum Schaden im Massenbetrugsverfahren
(BGH, Beschl. v. 4.9.2014 – 1 StR 314/14)
m. Anm. *Prof. Dr. Hans Kudlich* 102
- Untreue durch Vorstandsmitglied einer Kassenärztlichen Vereinigung
(KG, Beschl. v. 4.11.2014 – 2 Ws 298/14 - 161 AR 16/14)
m. Anm. *OSTA Dr. Thomas Trück* 106
- **Steuerstrafrecht**
- Leichtfertige Steuerverkürzung bei Vorsteuerabzug
(BGH, Urt. v. 17.12.2014 – 1 StR 324/14)
m. Anm. *RA FAStR Dr. Sebastian Beckschäfer* 113
- Haftung des Geschäftsführers wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung seiner Kunden; keine Aussetzung der Vollziehung
(FG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 7.1.2015 – 5 V 2068/14)
m. Anm. *RA Dr. Gregor Höng / Egid Baumgartner* 117
- **Zivilrecht**
- Haftung des Geschäftsführers wegen Insolvenzverschleppung für Einbruchsschaden infolge Einbaus einer unzureichend gesicherte Tür
(BGH, Urt. v. 21.10.2014 – II ZR 113/13)
m. Anm. *RA FAStR FAHGesR FAArbR Mathias Wenzler* 122
- Haftung des Beraters wegen Beratungsfehlers bei Betriebsübertragung und Ausgleich durch Steuerersparnis
(BGH, Urt. v. 5.2.2015 – IX ZR 167/13) 126

ZWH-aktuell

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

- 241 **Der Gewinnanspruch (Dividende) aus Personenhandelsgesellschaften**
 WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 243 **Bilanzierung latenter Steuern nach dem BilRUG-RegE**
 Einflüsse der geplanten Änderungen
 Prof. Dr. Heinz Kußmaul, Dipl.-Kffr. Carina Ollinger und Florian Müller, M.Sc.
- 250 **Die neuen GoBD zur DV-gestützten Buchführung und zum Datenzugriff**
 Anmerkungen zum BMF-Schreiben vom 14. 11. 2014 aus Unternehmenssicht
 StB Jörg Herrfurth
- 257 **Kein Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit bei Hinzurechnung sog. Dauerschuldentgelte**
 Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 17. 9. 2014 - I R 30/13
 Christian Kahlenberg
- 261 **Gesetzentwurf für ein ProtokollerklärungsG**
 Relevanz und Anwendungsbereich für Unternehmen
 Dr. Andreas S. Bolik, Dr. Cornelia Kindler und Anne C. Griesfeller

PRAXISFÄLLE

- 265 **Unternehmenswertminderung und Einzelbewertungsgrundsatz nach HGB**
 WP/StB Dr. Michael Strickmann











AKTUELL BERATEN

- 267 **Umsatzsteuersatz bei Messekatalogen**
 StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 270 Zeitliche Erfassung von Sondervergütungen bei der Bildung einer Rückstellung für Jahresabschlusskosten
- 271 Häusliches Arbeitszimmer bei mehreren unterschiedlichen Tätigkeiten des Stpfl.
- 271 Vorsteuererstattungen bei nicht als Betriebsausgaben anerkannten Zahlungen an Angehörigen als Betriebseinnahmen
- 272 (Mindest-)Pensionsalter bei Versorgungszusage an beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer
- 272 Keine vGA durch Weiterleitung erstatteter Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung an Arbeitnehmer einer GmbH
- 273 Aufnahme neuer Gesellschafter in eine Personengesellschaft gegen Zuzahlung an Altgesellschafter
- 273 Einkommensbesteuerung von Destinatärsleistungen von Stiftungen im Übergangszeitraum vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren
- 274 Überdotierung einer Unterstützungskasse
- 274 Volle „Schachtelprivilegierung“ im gewerbesteuerrechtlichen Organkreis infolge der sog. Bruttomethode
- 275 Veräußerungsgewinn i. S. des § 16 Abs. 2 Satz 3 EStG gewerbesteuerpflichtig
- 275 Anteilsvereinigung bei Erwerb eines eigenen Anteils durch eine GmbH
- 275 Verlust der Steuervergünstigung aus § 6 Abs. 3 Satz 1 GrEStG bei Anteilsübertragung auf eine Kapitalgesellschaft
- 276 Vorläufige Festsetzung der Erbschaftsteuer
- 277 Vorlage der Originalrechnung als Voraussetzung des Antrags auf Vorsteuer Vergütung nach § 18 Abs. 9 UStG

VIII Impressum

- | | | | |
|---|----------------------|---|-------------------|
|  | Merksatz |  | Siehe auch |
|  | Literatur |  | Community |
|  | Weblink |  | Quelle |
|  | Informationen |  | Video |
|  | Audio |  | Galerie |
| | |  | Berechnung |

BBK

NWB D

SCHNELL GELESEN

- 349 ► Erweiterung des Teilabzugsverbots für GmbH-Gesellschafter ab VZ 2015

KURZNACHRICHTEN

- 350 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- 357 Buchführungs-Seminar
Folgen eines Rangrücktritts in der Handels- und Steuerbilanz
Dr. Karl Broemel und Dr. Volker Endert

- 363 Steuerrecht
Erweiterung des Teilabzugsverbots für GmbH-Gesellschafter ab VZ 2015 (Teil 2)

Bernd Rätke

► Kurzfassung Seite 349

- 370 Lohn und Gehalt
Dokumentationspflichten nach dem Mindestlohngesetz

Günther H. Krüger

- 383 Neuerscheinungen/Veranstaltungen

- 384 Impressum

-  Literatur
-  Weblink
-  Informationen
-  Audio
-  Galerie
-  Siehe auch

-  Quelle
-  Community
-  Video
-  Berechnung
-  Merksatz

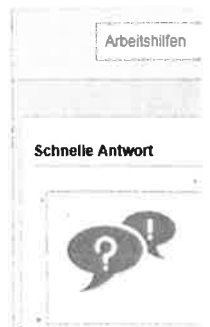
Praxistip Schnelle An

Mit der neuen Fur Antwort“ nun noch die wichtigsten Arl oder Mandanten-I

Was ist die „Schr
Mit der „Schnellen Suchanfrage liefert (z. B. BMF-Schreibe heißt: Sie erhalten sondern zusätzlich einem oder mehre

Hinweis: Über 1 Umrechnungskur steuer sind in der

Neu: „Arbeitshilfe
Der Arbeitshilfen-S wichtigsten Arbeit aufgerufen, die sä nahmen bilden die führt der jeweilige



Tipp: Die Schnelle (Berechnungspro nen) angezeigt.

PiR

FOKUS

- 93 **Entwurf eines Änderungsstandards zur Bilanzierung anteilsbasierter Vergütungen**
ED/2014/5
WP/StB Dr. Marco Meyer
- 99 **Erlösrealisierung nach IFRS 15**
Einräumung eines Rückgabe- oder Rücknahmerechts
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach und WP Dr. Jens Freiberg
- 104 **Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen im Lagebericht**
Entwicklung und Perspektiven der Unternehmensberichterstattung
Prof. Dr. Inge Wulf und Jens Niemöller, M.Sc.

PRO & CONTRA

- 113 **Phasengleiche Dividendenrealisierung?**
Dr. Andreas Haaker und WP Dr. Jens Freiberg

IFRS NEWS

- 115 **EFRAG empfiehlt IASB-Erstanwendungszeitpunkt von IFRS 15 auch für die EU**

IFRS AKTUELL

- 116 **Standardentwurf zur Abgrenzung kurz- und langfristiger Schulden (ED/2015/1)**
WP Dr. Daniel T. Fischer

KOMPAKTWISSEN

- 118 **Entstehen eines negativen at equity-Wertansatzes**
WP Dr. Jens Freiberg

PRAXISFÄLLE




- 120 **Rückstellung für Kostenüberdeckung in der Versorgungswirtschaft?**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

IFRS UND STEUERBILANZ

- 121 **Kaufpreisaufteilung bei fehlender Betriebsqualität**
WP Moritz Diemers und Dipl.-Ök. Daniel Schubert

VI Verlagsservice/Impressum

-  **Merksatz**
-  **Literatur**
-  **Weblink**
-  **Informationen**

-  **Siehe auch**
-  **Community**
-  **Quelle**

In diesem Heft

Forderung am Verrechnungskonto oder verdeckte Ausschüttung? (Zorn)	577
Steuertermine im Mai	584
Anspruchszinsen nun auch bei verdeckten Ausschüttungen (Schwaiger)	585
Jusstudium als Umschulungsmaßnahme eines Profisportlers	586
Konjunkturpaket soll Wirtschaft in Schwung bringen	587
VfGH weist Individualanträge gegen Hypo-Gesetz aus Formalgründen zurück	588
Verbot des kleinen Glücksspiels in Wien hält vor dem VfGH	588
VwGH entscheidet erstmals zu liechtensteinischen Stiftungen (Fraberger, Petritz)	589
Verständigungs- und Schiedsverfahren nach DBA und EU-Schiedsübereinkommen	591
Sachverständigenbestellung nach StPO war verfassungswidrig	591
Finanzwertabschreibung in der Gruppe (Gebetsroither)	592
Verdeckte Ausschüttung bei mittelbarer Anteilseignerstellung	599
E-Books und Hörbücher: Keine Bücher im Sinne des UStG? (Varro)	600
BFH zu Reihengeschäften und Vertrauensschutz	603
Das Unmittelbarkeitsgebot des § 40 BAO als Kooperationsschranke (Lindinger)	604
Nochmals: BFG und ordentliche Revision (Kotschnigg)	610
Aufhebung wegen unterlassener Zuordnung zu den sechs Fallgruppen des § 201 Abs 2 und 3 BAO	611
Nachträglicher Wegfall der Gebührenbefreiung nach § 53 Abs 3 WFG 1984 (Fellner)	612
Urlaubsvorgriff muss vereinbart werden	615
Nichtanrechnung von Vordienstzeiten vor dem 18. Lebensjahr ist finanziell auszugleichen	615
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	616

■ EuGH: Kapitalverkehrsfreiheit/Dividenden
■ EuGH: Fusions-RL/stille Reserven

■ EuGH: Unionsrecht/Effektivitätsgrundsatz
■ EuGH: Kapitalverkehrsfreiheit/Zinsen

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Dipl.-Kfm. Eduard Müller
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

Inhaltsverzeichnis

1 // AUFSÄTZE

- » **Normung aus der Sicht der Deregulierung** 2
Wolfgang Steiner
- » **Der Entstehungsprozess von Normen in Österreich und Europa und ihre Rolle in der staatlichen Rechtsetzung** 7
Peter Bußjäger

2 // KURZBEITRÄGE

- » **Netzzutrittsentgelt für Projekte der „langfristigen Planung“ in der Erdgaswirtschaft?** 14
Dominic Plecr
- » **Die neue Energieeffizienzverpflichtung der Energielieferanten im Rechtssystem – eine erste Annäherung** 17
Andreas Hauer

3 // RECHTSVORSCHRIFTEN UND NORMEN

- » **Energierrecht** 21
- » **Technikrecht** 23
- » **Normen** 26

4 // RECHTSPRECHUNG

- » **Ökostromförderung und Territorialitätsprinzip: Keine Pflicht zur Förderung von in einem anderen Mitgliedstaat erzeugtem Ökostrom** 29
Kathrin de Bruyn
- » **Urheberrecht und digitalisierte Bücher** 44
Veronika Treitl
- » **UPDATE Happy Linking? EuGH-Urteil zur Frage der urheberrechtlichen Zulässigkeit des Framings** 47
Corinna Streicher
- » **Rechtsprechung Energierecht** 52
- » **Rechtsprechung Öffentliches Technikrecht** 71
- » **Rechtsprechung Privates Technikrecht** 76

5 // LITERATUR

- » **Wettbewerbskonforme Stromgroßhandelspreise** 78
Andreas Hauer

Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift für Energie- und Technikrecht

Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz
Univ.-Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Hon.-Prof. Dr. Helmut Hörtenhuber
Univ.-Prof. Dr. Erich Peter Klement

Univ.-Prof. Dr. Barbara Leitl-Staudinger
Em.o.Univ.-Prof. Dr. Jörg Mühlbacher
Em.o.Univ.-Prof. Dr. Peter Oberndorfer
Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel

Univ.-Prof. Dr. Martin Schulte
Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Sonntag

ÖJZ aktuell 337

Verwaltungsverfahren praktisch

→ Kompetenzkonflikte zwischen Verwaltungsgerichten 341
Von Hans Peter Lehofer

Beiträge

→ Kollisionsrecht im Schiedsverfahren 343

Zum Verhältnis zwischen § 603 ZPO und der Rom I-VO

Nach welchen Normen das anwendbare Recht in internationalen Schiedsverfahren ermittelt werden soll, ist für den Hauptvertrag strittig. Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob die Anknüpfung nach § 603 ZPO zu erfolgen hat oder ob die Rom I-VO diesen aufgrund des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts verdrängt.

Von Béatrice Blümel

→ Die Wertqualifikationen des StGB. 348

Die derzeit zur Diskussion stehenden Änderungen einiger Teilbereiche des StGB umfassen ua die Anhebung der Wertgrenzen der Vermögensdelikte, bei deren Überschreiten sich die Strafbefugnis um ein Vielfaches erhöht. Aus diesem Anlass sollen im Beitrag die Entwicklung dieser Wertgrenzen, die historischen Begründungen für Anhebungen, dogmatische Details und insb die möglichen Auswirkungen der geplanten Novelle dargestellt werden.

Von Johannes Oberlauer

Evidenzblatt

→ Familienrecht 354

OGH 9. 10. 2014, 6 Ob 167/14y

50: Kindesentführung: Sorgerechtsverletzung bei gemeinsamer Obsorge

Mit Anmerkung von Susanne Beck

→ Schuldrecht 357

OGH 26. 9. 2014, 5 Ob 4/14w

51: Keine Kündigung von Ergänzungskapital

→ Unternehmensrecht 360

OGH 22. 10. 2014, 3 Ob 138/14m

52: Vorausverzicht auf verdiente Provisionen ist unwirksam

→ Zivilverfahren 363

OGH 6. 10. 2014, 9 Ob 70/14f

53: Grenzen der unbeschränkten Vertretungsbefugnis des Abwesenheitskurators

Mit Anmerkung von Barbara Haidmayer

OGH 29. 9. 2014, 8 ObA 52/14a 366

54: Der rückgeklagte Kostenersatz

Mit Anmerkung von Martin Trenker

→ Strafprozessrecht 369

OGH 9. 10. 2014, 13 Os 69/14t, 70/14i

55: Fortführung aufgrund erheblicher Sachverhaltsbedenken

→ Strafrecht 372

OGH 24. 11. 2014, 17 Os 40/14g, 41/14d

56: Abfrage von Daten eines Mitbewerbers



EvBI-Leitsätze

- Außerstreitverfahren 375
 OGH 27. 11. 2014, 2 Ob 238/13h
 57: Anerkennung ausländischer Abstammungsentscheidungen
- Familienrecht. 376
 OGH 25. 11. 2014, 10 Ob 60/14t
 58: Unterhaltsvorschuss-Einstellung infolge Unterbringung im Krisenzentrum
- Personenrecht 376
 OGH 19. 11. 2014, 3 Ob 196/14s
 59: Umbestellung eines Sachwalters erfolgt nur im Ausnahmefall
- Sachenrecht 377
 OGH 18. 11. 2014, 5 Ob 133/14s
 60: Bei Vorhandensein mehrerer Objekte erfolgt Realteilung durch WE-Begründung
- OGH 18. 11. 2014, 5 Ob 190/14y 378
 61: Ersichtlichmachung der Urkundenhinterlegung im Grundbuch wirkt nicht konstitutiv
- OGH 18. 12. 2014, 2 Ob 1/14g 378
 62: Servitutsklage: Fruchtnießer ist kein notwendiger Streitgenosse
- Strafprozessrecht 379
 OGH 14. 1. 2015, 15 Os 143/14i
 63: Verwertungsaspekt von Beweisverboten idR nicht rechtsmitteltauglich
- Strafrecht 379
 OGH 18. 12. 2014, 13 Os 119/14w, 120/14t
 64: Geburtenbuch beweist Vaterschaft nicht

Forum

- Der Kindeswille im HKÜ – zugleich eine Besprechung von 6 Ob 217/14a 380
 Von Marco Nademleinsky

Kosten

- Kostenseitig 384
 Von Josef Obermaier

Standards

- Impressum 340
- Buchbesprechungen 382

NJW-Inhalt

Aufsätze

Peter Bräutigam / Thomas Klindt

Industrie 4.0, das Internet der Dinge und das Recht

Die Vernetzung von Gegenständen in der Produktion, in anderen Geschäftsfeldern und auch im privaten Umfeld ist derzeit in aller Munde. Die Autoren beleuchten die enormen Herausforderungen, die sich daraus für das Recht ergeben, etwa bei der Zurechnung von Willenserklärungen autonomer Systeme oder im Haftungs- und Immaterialgüterrecht.

1137

Birgit Schneider

Testamentsvollstreckung beim Kommanditanteil – Ein Überblick über Voraussetzungen und Wirkungen

Kommanditanteile in der Testamentsvollstreckung sind auch für Erb- und Gesellschaftsrechtler ungewöhnlich. Aufsehen erregte daher ein aktuelles BGH-Urteil zu dieser Problematik. Die Autorin systematisiert – auch über den entschiedenen Fall hinaus – die Zulässigkeit, Voraussetzungen und Wirkungen der Testamentsvollstreckung beim Kommanditanteil.

1142

Thomas Ritter

Zeithonorarabrechnung und Lesegeschwindigkeit

Wie schnell lesen eigentlich Anwälte? Mit Blick auf die Abrechnung von Zeithonoraren stellt der Autor rechtstatsächliche Überlegungen zur Lesegeschwindigkeit und zu den beim Auswerten von Mandantenunterlagen zu stellenden Anforderungen an. Dazu benennt er praktisch handhabbare Kriterien für die Leistungsbeschreibung in der Honorarabrechnung.

1147

Zur Rechtsprechung

Artur Geier

Deliktische Verjährung im Filesharing-Prozess

(AG Bielefeld, NJW 2015, 1187)

1149

Bericht

Rainer Heß / Michael Burmann

Die aktuellen Entwicklungen im Straßenverkehrsrecht

1152

Kanzlei & Mandat

Volker Schmidt

Materiell-rechtliche Fragen zur Prüfbarkeit der Schlussrechnung des Werkunternehmers

1159

Buchbesprechungen

Kudlich: Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung. Bd 1: §§ 1–150 StPO (Andreas Mosbacher); Fischer: Strafgesetzbuch (Kristian F. Stoffers); Späte/Schimikowski: Haftpflichtversicherung (Christian Armbrüster)

1161

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Dokumentation	18
Rettet die Zwangsvollstreckung! (U. Foerste)		Wenn Freiheit überfordert (T. Kutschaty)		Rubrikenmarkt	25
Gesetzgebung	6	Forum	14	web.report	28
Rechtsprechung in Kürze	6	Rechtliche Fragen eines Handyverbots an Schulen (T. Barczak)		Stellenmarkt	29
Entscheidung der Woche	10	Haftungsseite	16	Beck'sche Zeitschriften	38
Nachrichten	10	Vorsicht Frist! Vor Ausfällen von Technik oder Personal wird gewarnt (C. Mannsky)		Buchhinweise	40
Leserforum	10			Veranstaltungshinweise	42
				Kommendes Heft / Impressum	44

Rechtsprechung

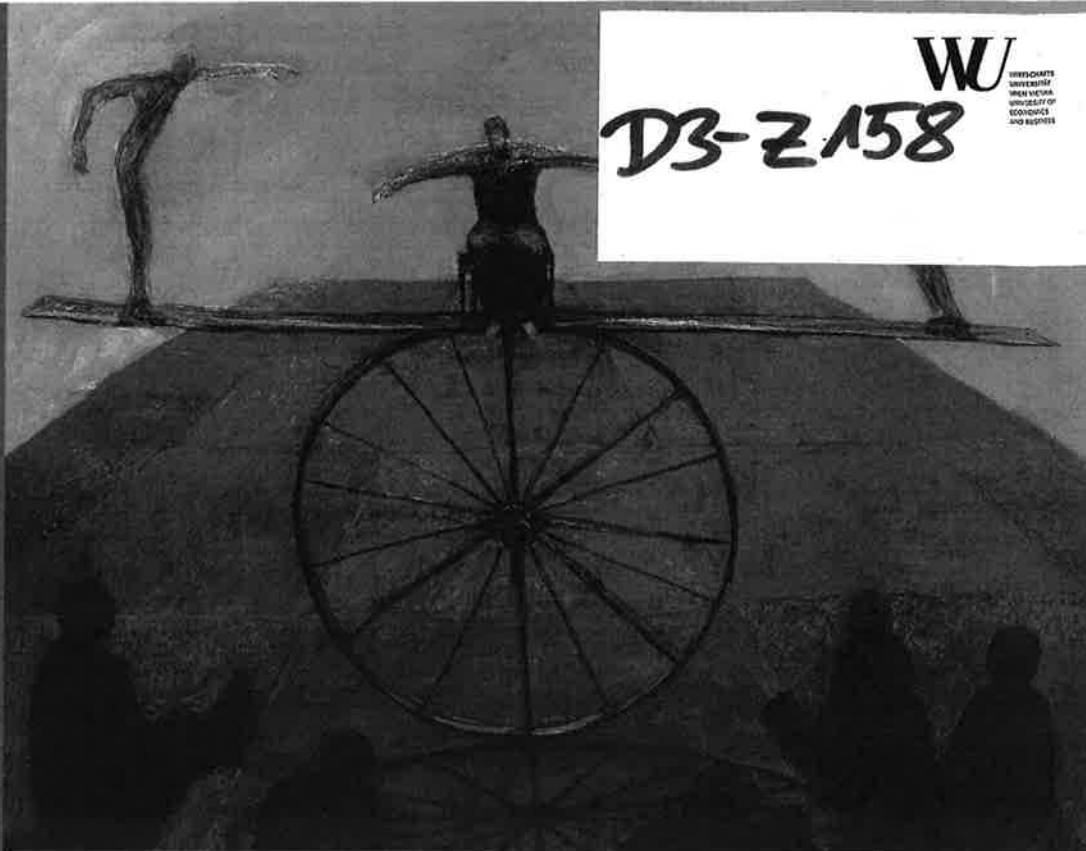
EuGH	05.03.15 – C-503/14	Haftung für potenziell fehlerhaftes Medizinprodukt (Anm. <i>H. Moelle / I. Dockhorn</i>)	1163
BVerfG	10.12.14 – 2 BvR 514/12	Gehörsverletzung wegen Nichtbeachtung eines Äußerungsvorbehalts	1166
BGH	03.12.14 – VIII ZR 370/13	Ergänzende Vertragsauslegung bei einem langjährigen Gasversorgungsvertrag	1167
BGH	20.01.15 – II ZR 444/13	Recht des Quasi-Gesellschafters auf außerordentliche Kündigung und Abfindung	1169
BGH	29.01.15 – IX ZR 258/12	Anspruch auf Rückzahlung einer Lastschriftbuchung keine Masseverbindlichkeit	1171
BGH	09.12.14 – VI ZR 155/14	Kein Schadensersatz für bloße Nutzungseinschränkung ohne Einwirkung auf Sache	1174
BGH	04.12.14 – III ZR 61/14	Schadensersatz für Wildschaden auch an neu angepflanzten Forstkulturen	1176
BGH	11.02.15 – XII ZB 181/14	Minderjährigenunterhalt bei doppelter Bezugsdauer von Elterngeld	1178
BGH	20.11.14 – XII ZB 86/14	Beschwerde in Betreuungssache durch erstinstanzlich nicht beteiligten Angehörigen	1180
BGH	19.12.14 – V ZR 82/13	Konkretisierungsgebot bei Unterwerfungserklärung (Anm. <i>J. Kaiser</i>)	1181
OLG Frankfurt a. M.	17.09.14 – 7 U 102/13	Verhandlungen über Aufhebungsvertrag als Rechtsschutzfall – Voraussetzungen	1184
OLG München	16.12.14 – 9 U 491/14 Bau	Verfahrensfehlerhafte Präklusion nach unangemessen kurzer Klageerwiderungsfrist	1185
OLG Hamm	24.11.14 – I-15 W 425/14	Beschränkung der Vermögenssorge als letztwillige Verfügung	1187
AG Bielefeld	06.03.14 – 42 C 368/13	Darlegungslast und Verjährung in Filesharing-Fällen	1187
BGH	29.01.15 – 1 StR 587/14	Verwaltung von Fremdgeldern – Untreuehandlungen eines Rechtsanwalts	1190
VGH München	16.01.15 – 12 C 14.2846	Aufhebung einer Erlaubnis zur Kindertagespflege	1192
BAG	20.11.14 – 2 AZR 651/13	Abmahnung wegen sexueller Belästigung – Reuiger Arbeitnehmer (Anm. <i>M. Kock</i>)	1195
BAG	27.08.14 – 4 AZR 999/12	Einordnung eines Prozessvergleichs als gegenseitiger Vertrag – Rücktritt vom Vergleich	1198

Jetzt online: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) Ausgabe 3/2015

Aus dem Inhalt:

- Editorial: Das Urheberrecht muss vom Urheber ausgehen (*J. Hegemann*)
- Themen der Zeit: Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz? (*W. Däubler*)
Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Korruption (*B. Schönemann*)
Politische Betätigung durch Gemeinnützige (*B. Weitemeyer / F. Kamp*)
Zivilrechtliche Aspekte der Samenspende de lege ferenda (*M. Löhnig*)
- Rechtspolitik im Gespräch: Verführung gab es auch im Paradies – Strafrecht als Symbolpolitik? (*S. Leutheusser-Schnarrenberger / R. Gerhardt*)
- Pro & Contra: Haftung bei offenem WLAN? (*F. Drücke / C. Solmecke*)

Für NJW-Abonnenten mit NJWDirekt-Registrierung sind die Inhalte der ZRP kostenlos abrufbar unter: www.beck-online.de, Sucheingabe: „ZRP [Jahr], [Seite]“. Eine Anleitung zur Registrierung für NJWDirekt finden Sie unter: www.njw.de, Rubrik „NJWDirekt“.



RZ

Organ der Richter und
Staatsanwälte Österreichs

Österreichische Richterzeitung

04/15

93. Jahrgang

Inhalt

Editorial

Mag. Christian Haider,
Dr. Martin Ulrich:
Ein wichtiger Schritt 73

Impressum 82

Wissenschaft

Univ.-Ass. MMag.
Dr. Martin Trenker:
§ 273 Abs 2 Fall 2 ZPO –
Ansätze eines
Bagatellverfahrens 74

O.Univ.-Prof. DDr.
Dr. h.c. Franz Matscher:
Der Staatsvertrag 1955
und die Unabhängigkeit
der Gerichte 80

em. o. Univ.-Prof.
Dr. Theo Öhlinger:
Unabhängigkeit der Gerichte –
Zwei Seiten einer Medaille 83

Varia 85

Personalia 90

Entscheidungen

Entscheidungsübersicht 91
Strafsache Nr. 10 92
Zivilsache Nr. 11 93

Rezensionen 95

Veranstaltungskalender 96

Pb.b. Motopress Verlags GmbH,
Wilhelminenstraße 91/IIc/1160 Wien,
GZ022030013, DVR 0098892

<http://www.richtervereinigung.at>

Entscheidungsübersicht

OGH bis 31.12.2014
EÜ28 – EÜ38



Entscheidungen

- 10 Verletzung der Unschuldsvermutung durch Urteilsbegründung nach Rücktritt von der Anklage (§§ 8, 259 Z 2 StPO). Seite 92
- 11 Zulässige Delegation einzelner Aufgaben an Mitarbeiter des Sachwalters (§§ 278, 282 ABGB; § 127 AußStrG). Seite 93

Editorial

Ein wichtiger Schritt
von Christian Haider
und Martin Ulrich

Wirtschaft und Recht in Osteuropa

WiRO 4/2015 · 24. Jahrgang

Ständige Mitarbeiter und Korrespondenten: *Albanien:* VRIbPatG Wolfgang Stoppel – *Belarus:* Jegor Zelianouski, RA Alexander Liessem – *Bosnien und Herzegowina:* RA Tomislav Pintarić – *Bulgarien:* RA In Stela Ivanova – *Estland:* Mirjam Vili, LL.M., RA Mark Butzmann – *Kasachstan:* Dmitry Marenkov – *Kosovo:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper – *Kroatien:* RA Tomislav Pintarić – *Lettland:* Elisabete Krivcova, LL.M., RA Theis Klauberg, LL.M., MBA – *Litauen:* Ruta Motiejunaite, RA Frank Heemann – *Moldawien:* RA Axel Bormann – *Mongolei:* Dr. Dietrich Nelle – *Polen:* RA In Tina de Vries – *Rumänien:* RA Axel Bormann – *Russische Föderation:* Antje Himmelreich – *Serbien:* RA Tomislav Pintarić – *Slowakische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Slowenien:* RA Tomislav Pintarić – *Tschechische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Ukraine:* Antje Himmelreich – *Ungarn:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper



INHALT

Aufsätze und Berichte

K. Svoboda	Zu den Verschiebungen in der Wahrnehmung des Begriffs der „Rechtskraft“ in der Tschechischen Republik	97
T. Ivanc	Effizienz und Anwendung der EU-VO bei grenzüberschreitenden Verfahren für geringfügige Forderungen	102

Dokumente und Materialien

H. Küpper	Ungarn: Devisenbasierte Verbraucherkredite – Teil 2	110
-----------	---	-----

OR-Chronik

Polen	HGGB, Verbraucherschutz, Gesetz über den Schutz und die Hilfe für das Opfer und die Zeugen	117
Slowakische Republik	Gesetz über das Schiedsverfahren	119
Ungarn	Gesetze über die wissenschaftliche Forschung, Entwicklung und Innovation, über die öffentlich-rechtlichen Medienleistungen und den Medienmarkt, über die Versicherungstätigkeit u.a.	120
Rumänien	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zum Bildungsgesetz	122
Kosovo	Gesetz über den Haushalt für 2015, Insolvenzrecht	122
Bulgarien	Wahlgesetzbuch, Gesetz zur Einschränkung des Klimawandels, Gewässergesetz, Verwaltungsprozessgesetzbuch, Urheberrechtsgesetz, Gesetz über die Kreditinstitute, Arbeitsgesetzbuch u.a.	122
Albanien	Gesetz über das Disziplinarwesen, Strafgesetzbuch u.a.	124
Kasachstan	RegVOen über die Antikorruptionsstrategie, zur Tätigkeit des Investitionsombudsmanns, zur Gewährung von Investitionszuschüssen, Strafgesetzbuch u.a.	124
Mongolei	Kulturgüterschutzgesetz, Bibliotheksgesetz, Gesetz über die Transparenz in der öffentlichen Haushaltsführung, Viehversicherungsgesetz, Gesetz über die Krankenversicherung, Tabakgesetz u.a.	126

IOR-Rechtsprechungsübersicht

Ungarn	Kurie: Haftung des Alleinaktionärs für eine dauerhaft nachteilige Geschäftspolitik	127
--------	--	-----

Aus der Tätigkeit der IRZ

EU-Projekt zur Zusammenarbeit der Richter und Notare in grenzüberschreitenden Fällen	127
--	-----

ct

magazin für computer technik

18. 4. 2015

10

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z3M



Galaxy S6 (Edge), LG G Flex 2 im Test

Impact: Das Spiel zum Mitgestalten

Zocken, modden, coden

Level, Grafiken, Sounds designen • Code erweitern • Physik modden



Bluetooth Smart Home

Profi-Fotodrucker

Managed Webserver

Smartphones für Senioren

Die neuen MacBook Air

Kaufen, bauen, einrichten

PC-Hardware-Tipps

Gefälschte Samsung-Akkus

Computerspiele im Unterricht

HDTV verlustfrei schneiden

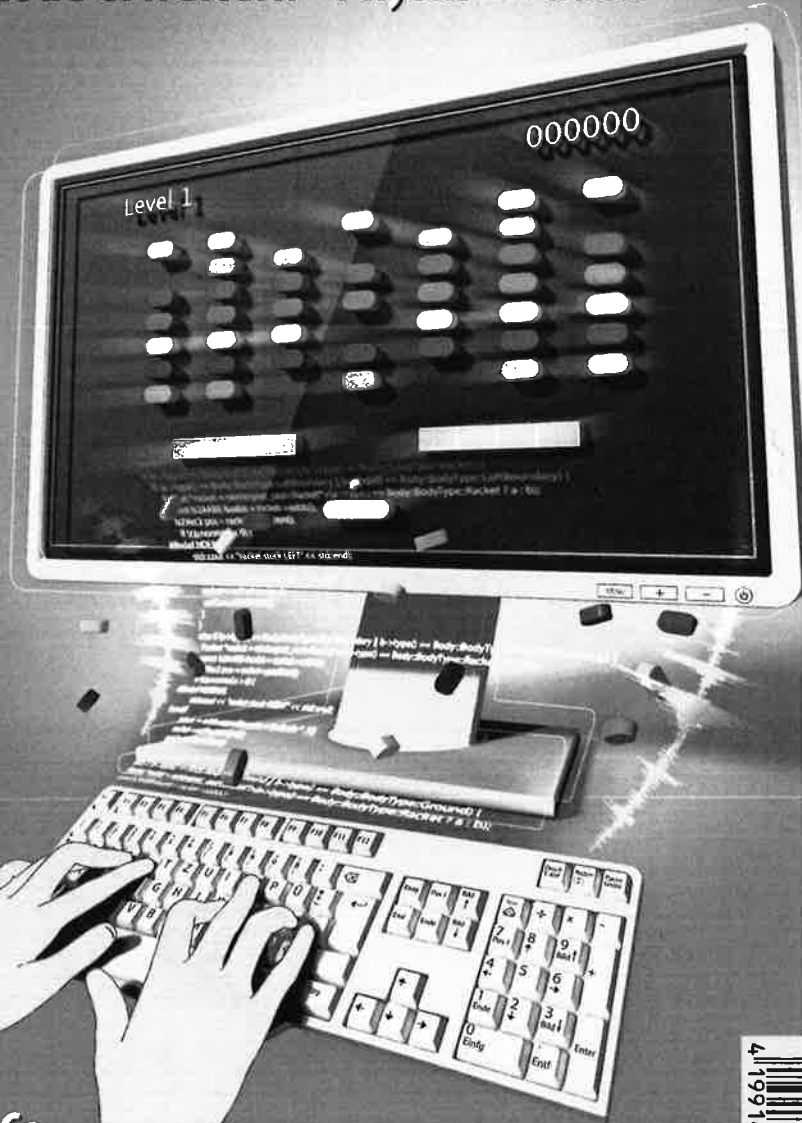
Werben auf Facebook

Gekaufte Blogger

Debian, Red Hat, Suse, Ubuntu LTS und Co.

Langzeit-Linuxe

Bis zu 13 Jahre Support für Desktop und Server



€ 4,20

AT € 4,40 • CH CHF 6,90
Benelux € 5,00
IT € 5,00 • ES € 5,00

aktuell

Prozessorgeflüster: Knights Hill, Airmont, Zen	16
Hardware: All-in-One-PC für Spieler, Mini-ITX-Boards	17
Embedded: Stromspar-µC, WLAN-Modul, Mini-Rechner	18
Spiele: GTA V für PC, Erweiterung für Age of Empires 2	20
Apps: Slideshows erstellen, Dokumente scannen	21
Mobiles: Microsoft-Tablet, E-Reader mit 300 dpi	22
Server & Storage: ARM-Server, Rack-Workstation	24
Ausbildung: E-Commerce-Studium, HPI-Informationstag	25
Peripherie: AR-Brille, 4K-Camcorder, Mikroskop	26
Smart Home: Amazon Echo, Türschloss mit Lücke	30
Audio/Video: Videoschnitt, Musik, Smart Home	32
Linux: Elementary OS „Freya“, CentOS 7.1	33
Windows 10: Neue Previews für Desktop und Phone	34
Mac Pro: Apple kann keine 10-Bit-Farbtiefe	36
Apple: Affinity Design, Erfahrungen mit Apple Pay	37
Forschung: Schnellladender Aluminium-Ionen-Akku	38
Internet: Firefox 37, Facebook-Prozess, YouTube im Abo	40
Anwendungen: Bildbearbeitung, Öffnungszeiten-App	42
Platinenlayout, Testplanung, CAD	43
Business Intelligence, Lieferketten, Mail	44
Sicherheit: TV5-Hack, Krypto-Messenger, TrueCrypt	48
Netze: WLAN-Access-Point, Cloud-NAS, PoE-Switch	50

Magazin

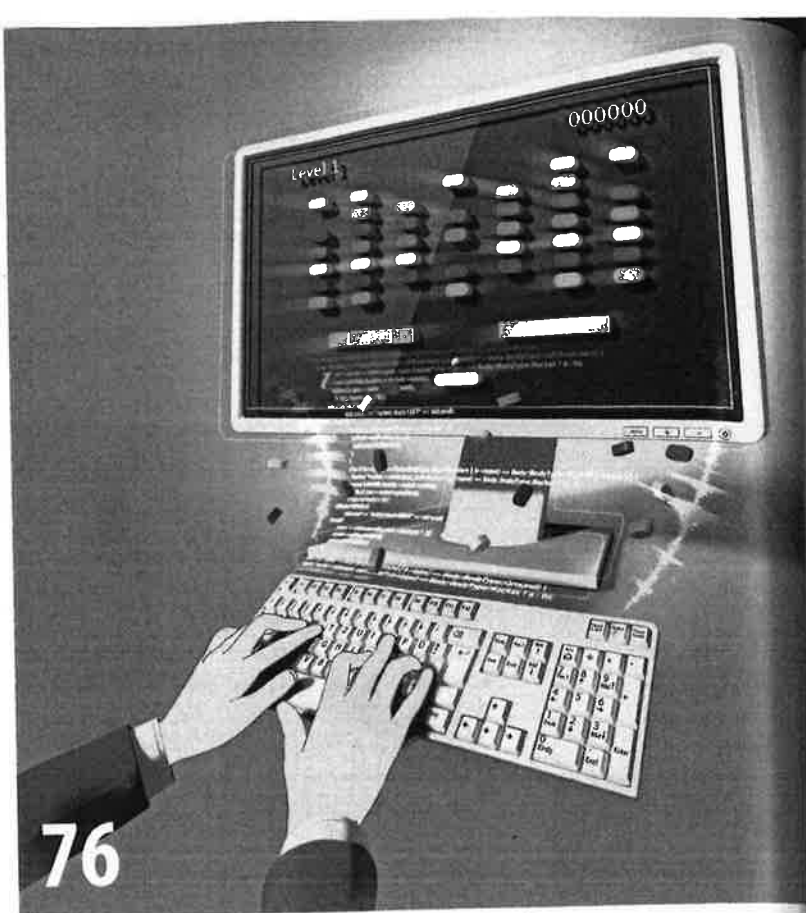
Gefälschte Samsung-Akkus bei Amazon.de	62
Vorsicht, Kunde: Gebrauchtetes zum Neupreis	66
Schule: Computerspiele im Unterricht	68
Gekaufte Blogger: Versteckte Werbung	134
Recht: Meinungsäußerungen bei Online-Bewertungen	148
Bücher: Web-Projekte, Entwurfsmuster, Social Networks	180
Story: Symbiose von Gerd Rödiger	186

Internet

Webhosting: Managed Server im Test	168
Web-Tipps: Alltags-Mathematik, Geräusche	174
Facebook: Zielgerichtet werben	176

Software

Mathe-Lehrprogramm: MatheGrafix 10.3	56
DTP-Paket: PagePlus X8	56
Terminplaner: Fantastical 2 für OS X	56
Musik-Produktion: Waves Tracks Live	58
DHCP- und DNS-Server für Windows und Linux	58
Android-Systeminfo: Castro und Aida64	58
Langzeit-Linuxe: Distributionen mit langem Support	108
Ubuntu LTS: Treiber im Nachschlag	114



Zocken, modden, coden

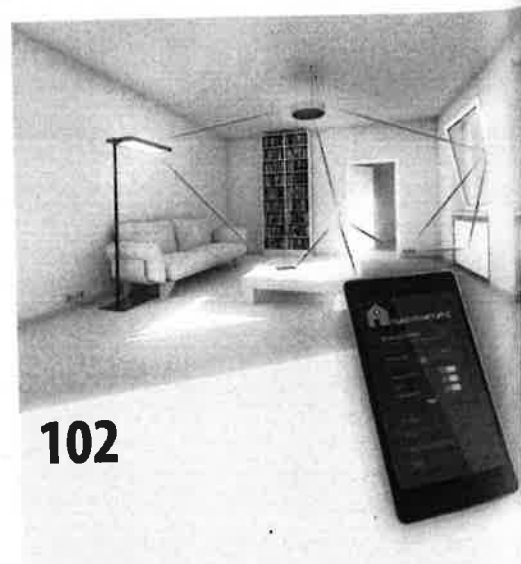
Impact – das ist unser mit moderner Technik neu interpretierter Spieleklassiker. Machen Sie mit bei der Weiterentwicklung des Spiels und lernen Sie ganz nebenbei den Umgang mit Level-Editoren und Sound-Effekt-Designern.

Levels, Grafiken und Sounds gestalten	76
Impact verändern auch ohne C++-Kenntnisse	80
Die Physik-Library Box2D	86
Einführung in die Spiele-Engine SFML	90

Die neuen MacBook Air	60	Smartphones für Senioren	130
Gefälschte Samsung-Akkus	62	Gekaufte Blogger	134
Galaxy S6 (Edge), LG G Flex 2 im Test	94	HDTV verlustfrei schneiden	140
Profi-Fotodrucker	98	Managed Webserver	168
		Werben auf Facebook	176

Bluetooth Smart Home

Lampen per Smartphone ein- und ausschalten, Türen öffnen oder die Heizung steuern – all das geht zukünftig ohne Strippenziehen mit der neuen Funktechnik Bluetooth Smart. Wir haben erste Produkte schon ausprobiert.



Computerspiele im Unterricht

geschlossene Lehrer
in Computerspielen
Potenzial und
wie in den Unterricht
werden mit „Die
omaninhalte nach-
und die Erzähl-
en von Büchern
en von Computer-
vergleichen.



68

Hardware-Tipps

ist manchmal
s gilt auch für
figuration des
PC. Anstelle einer
überladenen
maschine kostet
e eigenen Be-
abgestimmter
er Geld – und
er zickig.



156

Langzeit-Linuxe

Linux so oder so betreiben: Entweder an vorderster Front der
ng mit einer neuen Distribution alle paar Monate – oder man möchte
r mit einem stabilen System arbeiten. Dann empfiehlt sich ein
Linux.

76	Smartphones für Senioren mit Langzeitpflege	108	Suse Linux Enterprise	120
80	Stylte Blogger	114	Univention Corporate Server	122
86	Verlustfrei schneiden	116	CentOS, OpenSuse Evergreen und Linux Mint	124
90	Agged Webserver	118		



108

Debian: Umfangreiche Software-Auswahl	116
Red Hat Enterprise Linux: Bis zu 13 Jahre Support	118
Suse Linux Enterprise: Komfortabel konfigurieren	120
Univention Corporate Server: Komponenten per Klick	122
CentOS, OpenSuse Evergreen und Linux Mint	124
HDTV-Schnittprogramme: Verlustfrei schneiden	140
Kinder: Mal-Apps für iOS	144
Spiele: Battlefield Hardline, Pillars of Eternity	182
War for the Overworld, Dungeons 2	183
Bloodborne, Hand of Fate	184
Breath of Light, Adventures of Poco Eco, Indie-Tipps	185

Hardware

27"-Monitor mit großem Farbraum	52
360-Grad-Kamera: Ricoh Theta m15	52
Smartphone-Halterung fürs Fahrrad	52
USB-3.0-Hostadapter mit sieben Ports	54
Raspi-USV: Notstromversorgung PiUSV	54
Smarter Kochtopfwächter: Vitacontrol digital	54
MacBook Air: Neue Modelle mit Broadwell-CPU	60
Prozessoren: 50 Jahre Moore'sches Gesetz	72
Smartphones: Galaxy S6 (Edge), LG G Flex 2	94
A3-Tintendrucker für Foto-Profis	98
Heimautomation mit Bluetooth Smart	102
Smartphones für Senioren	130
PC-Hardware-Tipps: Kaufen, bauen, einrichten	156

Know-how

Spielprogrammierung: Physik mit Box2D	86
Grafiken und Sounds mit SFML	90

Praxis

Das c't-Spiel: Levels und Sounds gestalten	76
Impac't verändern und erweitern	80
Smartphones: Android für Senioren anpassen	126
Hotline: Tipps und Tricks	150
FAQ: Smartphones im Ausland kaufen	154
Internet Printing Protocol: Treiberlos drucken	164

Ständige Rubriken

Editorial	3
Leserforum	10
Schlagseite	15
Seminare	196
Stellenmarkt	197
Inserentenverzeichnis	200
Impressum	201
Vorschau	202



Inhalt

Editorial

Dr. *Wilhelm Eschweiler*
Weichenstellungen für die Zukunft der Tele-
kommunikationsbranche 65

Aufsätze

Dr. *Hans Heller*
Neue Erdgasinfrastrukturen und Freistellung von
der Regulierung – Art. 36 der Erdgasrichtlinie
2009/73/EG (§ 28a EnWG) als legitimes Instrument
der Investitionsförderung? 66

Prof. Dr. *Jochen Mohr*
Die neue Freilächenausschreibungsverordnung –
Wettbewerbliche Ermittlung der finanziellen
Förderung von Photovoltaik-Freilächenanlagen
zwischen Kosteneffizienz und Ausbaueffektivität 76

Dr. *Kristina Schreiber*
Das Energiewirtschaftsrecht im Jahr 2014 83

Dr. *Philipp Hafner*
Genehmigungserfordernisse beim Wechsel
des Betreibers einer Eisenbahnstrecke 96

Prof. Dr. *Urs Kramer*
Neues zum Eisenbahninfrastrukturanschluss 98

Nils H. Lemberg und Dr. *Matti Meyer*
Chancen und Schikanen für den Wettbewerb auf
den Briefmärkten – Zum Urteil des EuGH vom
11. Februar 2015 – Rs. C-340/13 103

Bericht über netzwirtschaftsrechtliche Literatur 106

Entscheidungen

BGH, Beschl. v. 16.12.2014 – Az. EnVR 54/13: Fest-
legung der Erlösobergrenzen für Gasnetzbetreiber 107

BVerwG, Beschl. v. 8.12.2014 – Az. 6 B 26.14:
Anordnung zur Vorlage eines „Elektronischen
Kostennachweises“ 112
mit Anmerkung von Prof. Dr. *Matthias Cornils* 114

BVerwG, Beschl. v. 8.1.2015 – Az. 6 B 36.14:
Verpflichtung zur Aufstellung von Nutzungs-
bedingungen für Fahrzeugübergangseinrichtungen 117

BVerwG, Beschl. v. 8.1.2015 – Az. 6 B 35.14:
Widerspruch gegen Nutzungsbedingungen für
Fahrzeugübergangseinrichtungen 120

BGH, Urt. v. 8.10.2014 – Az. XII ZR 164/12:
Verweisung auf Entgeltliste in den AGB für
die Eisenbahninfrastrukturnutzung 122
mit Anmerkung von Dr. *Christian Jung* 125

Zu guter Letzt ...

Prof. Dr. *Christian Koenig*
... gilt die gesteigerte Verantwortung markt-
beherrschender Unternehmen für den bestehenden
Restwettbewerb gerade auch im Postbereich! 127

N&R-Beilage 1/2015

*Peter Abegg, Michael Brinkmann, Prof. Dr. Gert
Brunekreeft, Prof. Dr. Georg Götz, Dr. Jan Krancke,
Dr. Christoph Müller und Dr. Claudia Schmidt*
Entflechtung in Netzsektoren – ein Vergleich 1



IN ALLER KÜRZE

123

THEMA

Eva Lengauer: Verbraucherschutz durch Komplexität?	124
Sonja M. Weiland: Neue Informationspflichten – ein „Fass ohne Boden“?	129

GESETZGEBUNG

Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 10. 4. 2015)	132
--	-----

RECHTSPRECHUNG

» FAMILIENRECHT

Unterhaltsvorschüsse für ein in einem anderen EU-Staat oder der Schweiz lebendes Kind?	133
Abgeltung von Pflegeleistungen eines Elternteils an sein volljähriges Kind	133
Übernahme einer dritten Sachwalterschaft durch einen Rechtsanwalt trotz Obsorgepflicht für drei Kinder	133

» SACHENRECHT

Zurückbehaltungsrecht gegenüber dem Eigentümer, der nicht Schuldner des Aufwendersatzes ist	134
Keine Ersitzung von Rechten am öffentlichen Wassergut	134
Leibrentenvertrag als gemischte Schenkung – Nachweis der wirklichen Übergabe im Grundbuchverfahren	134
Rekursfrist für nicht aktenkundige Parteien im Grundbuchverfahren	135

» SCHULDRECHT

Softwarelizenz als Bestandvertrag – keine Anpassungspflicht des Lizenzgebers	135
Inkraftsetzung einer ungültigen Klausel nach Verlust der Verbrauchereigenschaft	136

» MIET- UND WOHNRECHT

Mietzinserhöhung in ungefördertem Neubau, der in Vollenwendungsbereich des MRG fällt	136
Rangtausch bei der Rangordnung für die beabsichtigte Einräumung von Wohnungseigentum?	136

» SCHADENERSATZ

Beginn der Verjährung des Schadenersatzanspruchs für Mangel- und Mangelfolgeschäden	137
Beweislast für Nichtwahrnehmbarkeit des bevorrangten Fahrzeugs trifft den Wartepflichtigen	137
130.000 € Schmerzensgeld wegen ständiger Zukunfts- und Todesängste nach Leberschädigung	137
Sozialversicherungsregress für gesamte Versehrtenrente trotz bereits gewährter Teilrente	137
Bauaufsicht bei Errichtung einer Forststraße zählt nicht zur Hoheitsverwaltung	138

» VERFAHRENSRECHT

Prüfung des Kostenverzeichnisses bei fehlenden Einwendungen	138
---	-----

»INTERNATIONAL

Wahlgerichtsstand für Deliktssklagen – Eintrittsort von Folgeschäden unerheblich	139
Anerkennung eines nach fiktiver Zustellung der Klage erlassenen Versäumungsurteils?	139

LITERATURÜBERSICHT

Herausgeber:

Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M.
Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Matthias Neumayr

Redaktion:

Mag. Wolfgang Kolmasch
E-Mail: wolfgang.kolmasch@lexisnexis.at

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Katharina Bacher
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1552, Fax DW 146
E-Mail: katharina.bacher@lexisnexis.at

Abonentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555 | Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://zak.lexisnexis.at/mediadaten>

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Mag. Peter Davies, MBA | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleinigter Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1%), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9%) | Alleinigter Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleinigter Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: Reed Elsevier Group PLC, 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien.

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand Jänner 2015 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint 22-mal im Jahr | Einzelheftpreis 2015: 14,50 €; Jahresabonnement 2015: 219 € inkl. MWST bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT84 1200 0504 2346 8600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30. 11. bekannt gegeben werden | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53. H-1044 Budapest. ISSN 1996-2428.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche

Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein.

Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG). Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls.

Beiträge, die ausschließlich online erscheinen, werden derzeit wie Beiträge, die im Printheft publiziert werden, abgerechnet. Der Verlag behält sich vor, das Abrechnungsmodell für reine Online-Publikationen, die ab 2016 eingereicht werden, umzustellen.

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

8 70. Jahrgang
17. April 2015



Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. **Andreas Funke**
Perspektiven subjektiv-rechtlicher Analyse im
öffentlichen Recht **369**

Professor Dr. **Götz Schulze**
Das private Hausrecht **381**

Professor Dr. Dr. h.c. **Thomas Hillenkamp**
„Freie Willensbestimmung“ und Gesetz **391**

Professor Dr. **Johannes Saurer**, LL.M. (Yale)
Das Klimaschutzrecht der USA seit dem Amtsantritt
von US-Präsident Barack Obama **401**

Literatur

Jonas Knetsch: Haftungsrecht und Entschädigungsfonds
Professor Dr. **Maximilian Fuchs** **407**

Entscheidungen

BVerfG, 16. 12. 2014 – 2 BvE 2/14
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Julian Krüper**
Äußerungen von Regierungsmitgliedern und der
politische Wettbewerb der Parteien **408**

BGH, 18. 11. 2014 – VI ZR 76/14
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Axel Beater**
Rechte des Betroffenen bei (ursprünglich) zulässiger
Berichterstattung über einen sich später als unberechtigt
erweisenden Verdacht **417**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung **213***
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **213***
Aus den Hochschulen **214***
Gesetzgebung **215***
Entscheidungen in Leitsätzen **215***
Neuerscheinungen **227***
Zeitschriftenübersicht **240***
Festschrift **244***
Sammelwerke **245***
Impressum **245***

Mitteilungen

der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer



106. Jahrgang
München, Heft 4
April 2015
Seiten 149 – 196
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)

Im Internet:

www.gewerblicher-rechtsschutz.de

Die recherchierbare
Online-Ausgabe

Inhalt

Beiträge

Walder-Hartmann	Die unentrinnbare Falle – (k)ein Importschlag?	149
Gampp / Fronius	Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit der gesonderten Nichtigkeitsklage passiver Streitgenossen – Zugleich Besprechung von BGH Mitt. 2014, 322 – Protein-trennung	160
Stadler	Das Technizitätserfordernis in der österreichischen Rechtsprechung	165
Blöchle / Menninger	The Patent Box – tax regimes in Europe	166

Entscheidungen

	Patent	
BGH	Urt. vom 13.1.2015, X ZR 81/13 – Kochgefäß Äquivalent	170
	<i>mit Anmerkungen Kober/Volkman</i>	173
BGH	Urt. vom 25.11.2014, X ZR 119/09 – Schleifprodukt Cherry-Picking	175
BGH	Urt. vom 11.11.2014, X ZR 128/09 – Repaglinid Zur Frage, inwieweit Vorteile der Erfindung, die sich erst durch die patentgemäße Lösung ergeben, die Aufgabe der Erfindung bestimmen können	178
BPatG	Urt. vom 17.12.2013, 3 Ni 31/11 (EP) – Astaxanthin Insolvenz des Patentinhabers während des Nichtigkeitsverfahrens	192
EPA	Entsch. vom 3.6.2014, T 0571/10 – Pharmaceutical compositions comprising a HMG COA reductase inhibitor / AstraZeneca AB Teilpriorität, Ende der „toxic priority“ / „poisonous divisionals“?	189
	<i>mit Anmerkung Rieck</i>	193
	Leitsätze	
	Marke – Leitsätze	194
	Urheberrecht – Leitsätze	194
	Wettbewerbsrecht – Leitsätze	195
	Berufsrecht – Leitsatz	196
	Kostenrecht – Leitsatz	196

Rezensionen

Beyerlein	Weitnauer/Mennenöh, Life Sciences Agreements in Germany	196
Fitzner	Markgraf, Ergänzende Schutzzertifikate – Patent Term Extensions	196